

Reformkreisen während der vorangegangenen Jahre überraschen und hängt möglicherweise mit einer zu dieser Zeit sich ereignenden grundlegenden Veränderung in den Bedingungen der Arbeiterbewegung zusammen, die Campbell offenbar nicht erfaßte.

* * * * *

Der in diesem Kapitel präsentierte Überblick über einige bedeutende amerikanische Währungs- und Bankenreformer kann keine direkten Einflüsse auf das Denken Weitlings nachweisen. Wohl aber wird deutlich, daß Weitling mit seinen Plänen für eine Gewerbetauschbank nicht allein stand, sondern sich in eine wichtige Reformbewegung einreihete. Insbesondere das Beispiel Campbells erinnert daran, daß er den entscheidenden Anstoß zu diesen Plänen nicht erst in Amerika, sondern bereits während seines Aufenthaltes in England bekommen haben kann. Die nähere Klärung dieser Frage, auch die genauere Untersuchung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse, die in den verschiedenen Programmen einer Währungs- und Bankenreform reflektiert waren, muß jedoch weiteren Forschungen vorbehalten bleiben.

Eine besonders enge Ideenverwandtschaft bestand zwischen Weitling und Warren. Dies kann auf den ersten Blick verwundern angesichts der kompromißlosen Kritik Warrens am Kommunismus, für den Weitling gerade so nachdrücklich eintrat. Es darf aber nicht vergessen werden, daß Weitling einem Kommunismus, der dem Individuum nicht mindestens ebenso große Freiheitsspielräume ermöglichte wie der Kapitalismus, keine Chancen einräumte. Zur Lösung dieser Frage konnte er von Warren einiges lernen. Wie sehr Weitling mit dem Problem der Gewährung größtmöglicher individueller Freiheit beschäftigt war, zeigt seine Auseinandersetzung mit zeitgenössischen kommunitarischen Experimenten. Diese ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

3.3. Kommunitarismus

Günstiger als bei der Währungs- und auch bei der Landreform sieht die Forschungslage zum Kommunitarismus aus. Seit 1975 gibt es in den

Vereinigten Staaten die National Historic Communal Societies Association, die über einen Newsletter und das mittlerweile im sechsten Jahrgang erschienene Jahrbuch Communal Societies über Forschungen zu diesem Thema berichtet. Eine International Communal Studies Association wurde kürzlich gegründet. Die Zahl der Publikationen zum Kommunitarismus ist beachtlich, Weitlings praktischer wie theoretischer Beitrag fand jedoch bisher auffallend wenig Beachtung. Er soll daher in diesem Kapitel dargestellt werden.

Erste Positionsbestimmungen

Mit der Möglichkeit der Gründung von kommunistischen Siedlungen hatte Weitling sich schon recht früh beschäftigt, ihr aber in seinem revolutionären Programm zunächst keine zentrale Bedeutung beigemessen. Als er zu Beginn seiner Agitation in der Schweiz im Jahre 1841 die Gründung von Vereinskommunen vorschlug und sich Gedanken darüber machte, was mit dem erwarteten Überschuß von 14440 Franken jährlich anzufangen sei, schrieb er unter anderem: "14440 Franken und dieselben einige Jahre aufgehoben, damit können wir in Amerika eine Kolonie gründen für diejenigen, welche kein Vaterland haben und ein Bruderland suchen" (Hülferuf, Nr. 1, Sept. 1841, 10). Berichte über die Siedlungsgründungen Georg Rapps in den Vereinigten Staaten und über die Experimente Robert Owens in England erschienen ihm als so wichtig, daß er sie in einem Sonderdruck als Beilage zur Jungen Generation publizierte¹. Auch in den folgenden Monaten berichtete er gelegentlich über Erfahrungen mit kommunitarischen Experimenten und setzte sich auch theoretisch damit auseinander².

In Auseinandersetzung mit Fourier faßte Weitling seine Position in den Garantien folgendermaßen zusammen:

"Soll also ein Assoziationsplan das Wohl der Menschheit, die Verbesserung der Lage der zahlreichsten und ärmsten Klassen bezwecken, so muß er großartig und allgemein sein. 1. Jeder muß die Freiheit und Mittel haben, sich demselben anschließen zu können. Ferner muß eine solche Assoziation 2. allen ihren Mitgliedern ohne

1 vgl. Junge Generation, Nr. 5, Mai 1842; Nr. 6, Juni 1842, 97ff.

2 Vgl. Junge Generation, Nr. 11, Nov. 1842, 185ff.; Nr. 12, Dez. 1842, 203ff.; Nr. 5, Mai 1843, 79f.

Unterschied eine gleiche Lebenslage gewähren. Außerdem muß man darin 3. freier und angenehmer leben können als in der vereinzeltten Gesellschaft" (Garantien [1974], 241).

Dieses Urteil bezog sich nicht ausdrücklich auf kommunitarische Experimente, schloß diese aber ein.

Weitling brachte demnach der Gründung von kommunitarischen Siedlungen grundsätzlich Sympathie entgegen, war im Einzelfall aber skeptisch und wollte sich auch zunächst persönlich nicht beteiligen. So prophezeite er Andreas Dietsch im Jahre 1842 das baldige Scheitern seines Projektes (vgl. RdA, März 1850, 36)¹. Während der Diskussionen im Londoner Arbeiterbildungsverein wies er kritisch auf die Unmöglichkeit hin, in kleinen Kolonien den "Leidenschaften und Launen" aus dem Weg gehen zu können. "Die Auswanderer in Amerika", fügte er hinzu, "entbehren außerdem noch aller geistigen Nahrung, was um so schwerer auf sie drückt, je mehr sie daran gewöhnt waren. Abgesondert von der ganzen jetzigen Gesellschaft plagt sie notwendig bald die Langeweile; sie kriegen eine Art Heimweh nach dem alten Zustand und verderben sich gegenseitig das Leben" (BdK I, 229). Und auch als er Amerika bereits aus eigener Anschauung hatte kennen lernen können, schrieb Weitling, nachdem er von Etienne Cabets Auswanderungsplänen erfahren hatte, an diesen einen Brief, worin er ihm seine Bedenken über die Wahl des für die Ansiedelung vorgesehenen Landes mitteilte (vgl. RdA, März 1850, 36, 41)². Obwohl Cabet diese und andere Warnungen ignorierte, ließ Weitling es sich nicht nehmen, Charles Sully, der den Landkauf vermittelt hatte und noch vor der ersten Auswanderergruppe der Ikarier nach Amerika kam, bei dessen Ankunft in New Orleans am 8. Februar 1848 persönlich zu begrüßen (vgl. Armytage, 207)³.

Während seines ersten Aufenthaltes in Amerika scheint Weitling jedoch auch Eindrücke von kommunitarischen Siedlungen gesammelt zu haben, die sein Interesse an dieser Strategie wachsen ließen. Im Urwähler erbat er aus Amerika Berichte über den Fortgang verschiedener Kolonien (vgl. Urwähler, Nr. 1, 8) und ein von ihm vorgeschlagener Assoziationsplan sollte 1000 Arbeitern innerhalb eines Jahres einen Gewinn von 100 000 Talern ermöglichen, "so daß dafür z.B. in Amerika 10 bis 50 Tausend

1 Vgl. auch Kap. 2.5., 115f.

2 Vgl. RdA, Nr. 12, 19.3.1853, 90f., wo eine teilweise Veröffentlichung dieses Briefes in der ikarischen Zeitung Populaire erwähnt wird. Weitling beklagte, daß ausgerechnet seine kritischen Bemerkungen und Warnungen hierbei unberücksichtigt geblieben waren.

3 Vgl. auch Johnson, 256.

Acker Land angekauft, oder auch hier den Associrten ein einträglicher Besitz damit geschaffen werden kann" (Urwähler, Nr. 2, 13f.). Zu einem Zeitpunkt, als er die Revolution noch nicht für verloren hielt, verwies Weitling demnach ausdrücklich auf die Ansiedelung in Amerika als einer Möglichkeit, Assoziationsvorteile auszunutzen. Es scheint, als hätte die eigene Anschauung sein Verhältnis zur kommunitarischen Strategie positiv beeinflußt.

Erst nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten läßt sich jedoch Weitlings Auseinandersetzung mit dem Kommunitarismus im Detail verfolgen. Sein Plan zur Organisation der Arbeiter sah eine Vereinigung "aller bestehenden Gewerbeordnungen, Associationen und Colonien" über die Gewerbetauschbank vor (RdA, Feb. 1850, 28f.). Zum Arbeiterkongreß, der diese Vereinigung bewirken sollte, konnten folglich - neben Vereinen, Logen, Gewerben und Städten - auch Kolonien ihre Vertreter entsenden (vgl. RdA, April 1850, 54).

Als elementare Organisationsform der Arbeiterbewegung betrachtete Weitling demnach kommunitarische Siedlungen als gleichberechtigt neben Assoziationen, Vereinen etc. Seine bereits in den Londoner Diskussionen geäußerte Kritik, daß sie im kleinen Maßstab den Leidenschaften der Menschen nicht ausreichend Spielraum gewähren könnten, bezog er nun ausdrücklich auf alle diese elementaren Organisationsformen. Der diese Projekte zumeist erschwerende Geldmangel und die durch sie bewirkte Zersplitterung der Kräfte waren weitere Gründe, weswegen er davon abriet, mit "der Gründung von Colonien zuerst anzufangen, ... auch nicht mit noch mehr Etablissements von Arbeiterwerkstätten oder Arbeiter-speiseassociationen". Stattdessen sollten die Kräfte zunächst auf die Gründung der Gewerbetauschbank konzentriert werden (RdA, Jan. 1850, 3). Die über die Tauschbank geregelte gemeinschaftliche Inbesitznahme und Besiedelung des Bodens war Weitlings Alternative zum Programm der Nationalreformer (vgl. RdA, Mai 1850, 73)¹. Hierfür erhielt er auch die Zustimmung des Arbeiterkongresses, der in der entsprechenden Resolution die Organisierung einer planvollen, zentral geleiteten Kolonisation anstrebte und für diesen Zweck sogar die Errichtung von Filialbüros in allen Seestädten der Vereinigten Staaten und Europas plante. Aus der gleichen Resolution geht auch hervor, daß den so entstandenen Siedlungen innerhalb der Tauschbank eine große Bedeutung beigemessen wurde, da

1 Vgl. Kap. 3.1., 186f.

auf diesem Wege die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten gewährleistet werden konnte (vgl. RdA, Nov. 1850, 172f.)¹. In seiner Antwort auf einen Brief, der ihm aus Michigan zugekommen war und seinen Rat bei der Gründung einer kommunitarischen Siedlung erbat, erklärte Weitling, daß zunächst die Republik der Arbeiter als Anlaufstelle bei den Bestrebungen zur Zentralisierung der Kolonisation dienen sollte (vgl. ebd., 167).

Das Interesse wächst

Möglicherweise trug die Enttäuschung seiner enthusiastischen Hoffnungen hinsichtlich der Tauschbank dazu bei, sich intensiver mit den Möglichkeiten des Kommunitarismus zu beschäftigen. Die ersten, noch sehr skizzenhaften Überlegungen Weitlings zu diesem Thema fallen jedenfalls in die Zeit des Neubeginns, als er mit den Vorbereitungen zur Gründung des Arbeiterbundes begann (vgl. Kap. 2.4., 97f.). Er beklagte das Fehlen einer "Geschichte aller in den Vereinigten Staaten entstandenen kommunistischen und socialen Kolonien", ein Mangel, dem auch er vorläufig nicht abhelfen konnte. Der "Erfahrungsgrundsätze wegen" wollte er aber zumindest einen "kurzen Ueberblick auf den Gesamtterfolg der utopischen und kommunistischen Kolonisation seit den letzten 50 Jahren werfen". Er stellte fest, daß von den etwa fünfzig in dieser Zeit gegründeten, zur Hälfte deutschen Siedlungen die große Mehrzahl schon kurze Zeit nach der Gründung wieder zusammengebrochen sei. Während jedoch alle diejenigen Kolonien gescheitert seien, die kein religiöses Band zusammengehalten habe, sei von den "religiösen und fanatischen Sekten dieser 50 kommunistischen Kolonien" keine einzige zusammengebrochen. Damit nicht genug: "Die große Zahl der Gründer und Mitglieder aller Kolonien, welche jetzt reich sind, waren ärmer, als diejenigen der Kolonien, welche jetzt zusammen gebrochen sind". Nach Nationalitäten betrachtet, gestand Weitling den deutschen kommunistischen Kolonien die meisten Versuche und den größten Erfolg zu (RdA, Nr. 2, 26.4.1851, 14)².

Ohne daraus sogleich irgendwelche Schlußfolgerungen zu ziehen, hatte Weitling damit erstmals die Bedeutung der Religion für das Gelingen

1 Vgl. Kap. 2.3., 90.

2 Die Deutschen, schrieb auch Charles Nordhoff in seinem Überblick über die kommunitarischen Siedlungen Amerikas, "outnumber all the American communists. In fact, the Germans make better communists than any other people - unless the Chinese should some day turn their attention to communistic attempts" (Nordhoff, 387).

kommunitarischer Siedlungen thematisiert. Ausdrücklich wehrte er sich aber gegen den von Karl Heinzen erhobenen Vorwurf, er wolle "aus den Arbeitern religiöse Fanatiker machen". "Es ist mir ganz gleich", schrieb er als Entgegnung, "in welcher Weise Jemand für die Arbeiter oder für das Volk, wie Heinzen beliebt, etwas thut, ob aus religiösem oder atheistischem Fanatismus. Wenn er nur etwas thut. Der atheistische Fanatismus aber fanatisirte bisher mehr mit dem Maule als mit der That, denn derselbe verleugnet sehr oft die Nothwendigkeit, für eine Sache Opfer zu bringen". Dies war für Weitling der springende Punkt: "Man kann auch Fanatismus äußern, ohne ein religiös oder atheistisch gesinnter Mensch zu sein. Fanatismus ist ein Zustand, in welchem man nach vorher aufgefaßten Grundsätzen handelt, ohne Bedenken und Rücksichten, ohne die Gefahren und Opfer zu ermessen, welchen man sich auszusetzen im Begriff steht" (RdA, Nr. 4, 10.5.1851, 28). Einen so verstandenen Fanatismus, den er auch ohne Koppelung an eine bestimmte Religion hoffte mobilisieren zu können, hielt Weitling offenbar für eine wesentliche Bedingung des Erfolges einer kommunitarischen Siedlung. Damit war das Problem benannt, aber noch nicht ansatzweise gelöst.

Die Erfahrungen bereits bestehender Siedlungen konnten hier weiterhelfen. Während seiner Propagandareise nutzte Weitling daher jede Gelegenheit, solche Siedlungen zu besuchen. Wo dies, etwa wegen ungünstiger Verkehrsverbindungen, nicht möglich war, bemühte er sich um eingehende Berichte aus erster Hand. Neben der ökonomischen Verfassung der Siedlungen interessierte ihn dabei das Ausmaß der individuellen Freiheiten. Er wollte herausfinden, ob ökonomischer Erfolg tatsächlich nur über die strenge Reglementierung des Alltags, die wiederum auf der Grundlage religiöser Überzeugungen leichter zu bewerkstelligen war, erreicht werden konnte.

Die Berichte über eine in der Nähe von Troy gelegene Shaker-Siedlung schienen diese Annahme zunächst zu bestätigen. Da er nur zu Fuß dorthin hätte gelangen können, unterließ Weitling einen persönlichen Besuch (vgl. RdA, Nr. 18, 16.8.1851, 140f.). Ganz entgegengesetzt waren seine Erfahrungen in der deutschen kommunistischen Kolonie Ebenezer¹: "Nach den Eindrücken zu urtheilen, welche ich von frühern Zeitungsberichten in mich aufgesogen, erwartete ich ein fanatisches Völkchen, das nach

1 Zu Ebenezer, woraus die bekanntere Siedlung Amana hervorging, vgl. Nordhoff, 26ff.; Noyes, 136.

Zahl, Maaß, Gewicht und Winkelmaaß unter Aufsehern wohnt, ißt, trinkt, und sich kleidet und deren einziges Vergnügen Gebet und Kirche sind. Ich erwartete besondere Kleidungen und Bauarten u. dgl. Aber ich fand nichts von alledem vor" (RdA, Nr. 20, 30.8.1851, 156). Zwar berief sich diese Siedlung auf religiöse Lehren, die erstmals während des deutschen Bauernkrieges aufgetaucht waren und es war ihr Zweck, "durch das Leben in Gütergemeinschaft sich für das künftige allgemeine und edlere geistige Leben vorzubereiten" (ebd., 157). Bei der Auswahl neuer Mitglieder wurde die Frage nach der Religion jedoch nicht gestellt.

Die Arbeit wurde auf eher spielerische Weise verrichtet, auf die Einhaltung der täglichen Arbeitszeit von 12 Stunden wurde nicht streng geachtet. Sicherlich war die gesunde ökonomische Verfassung der Siedlung auch auf bedeutende Geldmittel zurückzuführen, die die Gründung erleichtert hatten. Dies minderte Weitlings Begeisterung nicht, der die Siedler lobte, sie hätten "die höchste Potenz des Kommunismus im Kleinen verwirklicht, den Kommunismus ohne allen Egoismus. (...) Die ökonomisch-kommunistischen Ideen von Marx und Engels sind hie verwirklicht worden, aber nicht durch den Atheismus, sondern durch den Glauben, daß ein göttliches Gesetz dem Menschen gebiete, in Gütergemeinschaft zu leben und so dem Himmel würdiger zu werden" (ebd.). Als eine Schattenseite empfand er die Vernachlässigung sinnlicher Genüsse wie Musik, Theater, Literatur. Aber trotz dieser Kritik war Ebenezer für ihn ein überzeugendes Beispiel, daß die Vorzüge gemeinschaftlichen Lebens die Freiheiten der einzelnen Mitglieder nicht einschränken mußten. "Welchen ungeheuren Einfluß könnte eine solche mächtige Kolonie in kurzer Zeit erlangen", schwärmte er am Ende seines Berichtes, "wenn dieselbe ihre Kraft nicht in den Verirrungen des religiösen Mißverständes schwächte? Was könnte diese Kolonie für die Arbeiterbewegung thun, wenn sie sich dafür bethätigen wollte! (...) Aber nein. Diese Sekte will mit den Institutionen der Außenwelt sich in keinen Kampf einlassen" (RdA, Nr. 20, 30.8.1851, 158).

Auf einen Besuch der Siedlung Zoar¹ im Staate Ohio verzichtete Weitling, da er in Cleveland den ehemaligen Buchführer traf, der ihm sehr ausführlich von dem dortigen Leben erzählen konnte. Diese Siedlung hatte es seit ihrer Gründung unter ärmlichen Verhältnissen im Jahre 1817 mittlerweile zu großem Reichtum gebracht, allerdings um den Preis eines strengen Regiments. "Alle sind gleich gekleidet", berichtete Weitling, "und

1 Zu Zoar vgl. Nordhoff, 99ff.; Noyes, 135f.

speisen in gemeinschaftlichen Kosthäusern. Die Gleichheit in der Kolonie wird in jeder Beziehung mit einer moralischen Strenge gehandhabt, wie in keiner ähnlichen Kolonie". Die Einheit wurde vor allem durch die Autorität des Gründers Joseph Bäumlner gewährleistet. Befürchtungen, die Siedlung könne bei dessen Tode auseinanderfallen, hielt Weitling für nicht unberechtigt: "Das aber ist bei einer jeden, so in sich selbst abgeschlossenen Kolonie zu befürchten. Solche Kolonien sollten mit einer, durch das Land verbreiteten, socialdemokratischen Verbrüderung, wie die unsere, Hand in Hand gehen, sollten den Zweck haben, dem ganzen arbeitenden Volke in seinem Streben nach Verbesserungen eine Stütze zu bieten" (RdA, Nr. 21, 6.9.1851, 164).

Diesen Mangel an Interesse für Geschehnisse, die sich außerhalb der eigenen Kolonie ereigneten, beklagte Weitling auch in der von Georg Rapp nahe Pittsburg gegründeten Siedlung Economy¹. Das Ende dieser Siedlung war absehbar, da die Bewohner im Zölibat lebten, folglich in wenigen Jahrzehnten alle gestorben sein würden, ohne Nachkommen zu hinterlassen. Weitling reagierte verärgert, als er erfuhr, daß es den Siedlern gleichgültig war, was in diesem Falle mit ihrem beachtlichen Vermögen geschehen würde. Seinem Gesprächspartner gegenüber erklärte er es als christliche Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieses Geld nicht wieder den Spekulanten in die Hände fiel, sondern zum Nutzen der Armen verwendet werde (vgl. RdA, Nr. 34, 6.12.1851, 269f.).

Es schien jedoch so, als seien gerade das Desinteresse an der Außenwelt und die Befolgung religiöser Rituale wesentliche Bedingungen für den ökonomischen Erfolg. Die Erfahrungen in Nauvoo, der ursprünglich von Mormonen gegründet und später von den Ikariern übernommenen Siedlung², deuteten in die gleiche Richtung. Während die Mormonen es geschafft hatten, innerhalb eines Jahres 250 Häuser zu bauen (vgl. RdA, Nr. 31, 15.11.1851, 243), wohnte von den 280 Ikariern nach drei Jahren noch nicht einmal die Hälfte in eigenen Wohnungen, die zudem nicht besonders luxuriös eingerichtet waren, sondern "stark an die Wohnungen" erinnerten, "welche in New-York von den Spekulanten gebaut werden, um an kleine Familien vermietet werden zu können" (RdA, Nr. 30, 8.11.1851, 236f.).

1 Zu Georg Rapp und den von ihm gegründeten Siedlungen vgl. die Arbeiten von Karl J. R. Arndt sowie Nordhoff, 63ff.; Noyes, 32f., 135.

2 Vgl. Hillquit, 116ff.; Nordhoff, 334ff.

Von der moralischen Verfassung der Ikarier zeigte sich Weitling hingegen sehr beeindruckt. Er lobte ihre Schuleinrichtung als "ausgezeichnete Institution" und erfreute sich an den abwechslungsreichen sonntäglichen Vergnügungen. "Der Sonntag ist hier ein Sonntag wie in Paris, mit Ausnahme der Getränke und der Speisen und mit dem Unterschiede, daß der Ikarier im Vergnügen die Moral und den Anstand nicht aus den Augen läßt". Auch für die Aufopferungsbereitschaft des Verwaltungspersonals fand er lobende Worte. In dieser Hinsicht wurden seine Erwartungen übertroffen (RdA, Nr. 30, 8.11.1851, 237). Angesichts der unbefriedigenden ökonomischen Lage war dies ein sehr wichtiger Punkt. Auch Weitling machte schon nach wenigen Tagen die Erfahrung, "wie leicht man sich an alle Entbehrungen gewöhnt, wenn man gemeinschaftlich entbehrt" (ebd., 238). Dennoch blieb sein Urteil über die Ikarier, "daß sie in 2 3/4 Jahren mit den nothwendigen Arbeiten nicht genug vorwärts gekommen sind und daß diesem Uebelstande durchaus abgeholfen werden muß, wenn wir mit Ikarier, das Prinzip, das es vor der Welt vertritt, nicht kompromittiren wollen" (RdA, Nr. 35, 13.12.1851, 277).

Seine bisherigen Erfahrungen zusammenfassend, warnte Weitling alle diejenigen, die sich die Gründung einer eigenen Kolonie "wie einen Marsch in's Paradies" vorstellten, daß sie in der ersten Zeit auf zahlreiche Produkte der Zivilisation verzichten, vielmehr diese durch eigene Arbeit erst schaffen müßten. Selbst die am schlechtesten bezahlten Lohnarbeiter würden Genüssen entsagen müssen, an die sie sich zuvor in den Städten gewöhnt hätten. An Vorteilen hingegen könnten sie in der ersten Zeit nichts weiter erwarten "als die Freude, Mitarbeiter an der Gründung eines Baues der Zukunft zu sein und die Zufriedenheit, in Gemeinschaft zu arbeiten und zu genießen und mit der empörenden Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht mehr in nahe Berührung zu kommen" (RdA, Nr. 35, 13.12.1851, 275).

Um die Strapazen der Gründungsperiode überstehen zu können, sollten die ersten Siedler sorgfältig ausgewählt werden, sowohl hinsichtlich ihrer charakterlichen Eigenschaften als auch ihrer beruflichen Qualifikationen. Besonders dringend benötigt wurden am Anfang natürlich Leute mit landwirtschaftlichen Kenntnissen sowie Bauhandwerker. Neue Mitglieder sollten nicht aufgenommen werden, bevor für diese nicht ausreichend Wohnraum zur Verfügung stand. So bald wie möglich war aber auch für gesellige Vergnügungen, insbesondere ein Theater, zu sorgen. Ausdrücklich warnte Weitling davor, die Bedeutung kleiner Annehmlichkeiten zu

unterschätzen und verwies in diesem Zusammenhang auch auf Kinderspiele: "Wenn die Alten sich Sonntags herablassen können, wieder zu spielen, wie sie als Kinder spielten, so ist für die moralische Entwicklung der Charaktere viel gewonnen". Bei einer derart planvollen Vorgehensweise, hoffte er, konnte es gelingen, eine gemeinschaftliche Siedlung aufzubauen, in der es sich angenehm leben ließe, ohne daß zugleich die Hinwendung zu einer bestimmten Religion und zum Gottesglauben notwendig sei. "Es wäre doch zum Verzweifeln, wenn - wie bisher - nur der widernatürlichste Unsinn, nur abergläubischer und religiöser Fanatismus, blühende Kolonien, und die vernünftige Freiheit der Freidenker, in productiver Beziehung, gar kein Beispiel der Harmonie aufweisen könnten!" (RdA, Nr. 35, 13.12.1851, 276).

Für die mit dem "religiösen Fanatismus" verbundene Charakterfestigkeit zeigte Weitling unverhohlene Bewunderung. Dies zeigt seine Schilderung eines ihm bekannten Paares, das wegen der zwischen ihnen entflammten Liebe eine Shaker-Siedlung, in der die Geschlechter streng getrennt wurden, hatte verlassen müssen. Beide lebten nun schon seit langer Zeit ganz gewöhnlich wie ein Ehepaar zusammen, teilten sogar das Bett, waren aber, indem sie weiterhin auf Geschlechtsverkehr verzichteten, ansonsten nicht von den Regeln der Shaker abgewichen. Ausdrücklich trat Weitling möglichen Vorstellungen seiner Leser entgegen, die sich nun ein besonders schrulliges und borniertes Paar vorstellen mochten. Das genaue Gegenteil war der Fall, wie seine Charakterisierung der Frau nahelegte: "Ich habe selten Frauen gefunden, welche mit mehr Verstand, klarerer Einsicht und größerem Anstand über alle Lebensfragen zu sprechen verstanden, als diese Frau darüber spricht" (RdA, Nr. 11, 13.3.1852, 82).

Da Weitling aus seiner Abneigung gegenüber religiösen Institutionen kein Geheimnis machte, hatten derartige Schilderungen offenbar in erster Linie die Bedeutung, den Mitgliedern des Arbeiterbundes zu verdeutlichen, was für eine Moral und Aufopferungsbereitschaft notwendig waren, um die Gründung einer gemeinschaftlichen Siedlung erfolgreich durchführen zu können. Seine eigene Position zur Frage der Regelung geschlechtlicher Beziehungen äußerte er im Anschluß an ausführliche Schilderungen der von Perfektionisten im Staate New York betriebenen Siedlung Oneida, wo eine den Shakern und Rappisten ganz entgegengesetzte

Form "freier Liebe" praktiziert wurde¹. Auch von diesem Extrem zeigte Weitling sich nicht überzeugt. Er sprach dem "socialen Staat" grundsätzlich das Recht ab, sich in die "Verhältnisse der Liebe" einzumischen. Auch wehrte er sich dagegen, die Frage der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern ausschließlich auf die Sexualität zu beschränken, jene drückten sich vielmehr auch in der Freundschaft und der Treue aus. "Freundschaft und Treue müssen durchaus in der Moral des Volkes heilig gehalten werden, wie frei wir auch immer die Anforderungen der geschlechtlichen Neigungen stellen. Darum sollte in der socialen Moral festgestellt werden, daß jede geschlechtliche Verbindung nach den beiderseitig vorher gemachten Bedingungen gehalten oder gelöst werde. Machen zwei Verliebte gar keine Bedingungen, so haben sie keine Verpflichtungen. Verlangen sie aber Freundschaft und Treue, so sollte diese vorher gekündigt werden, ehe ein Wechsel in den geschlechtlichen Verbindungen als moralisch erlaubt betrachtet werden kann" (RdA, Nr. 20, 15.5.1852, 158). Diese erstaunlich "modern" anmutenden Überlegungen machen deutlich, daß Weitling nicht daran dachte, dem Beispiel der religiösen Siedlungen zu folgen und die Kraft der Sexualität für die Zwecke einer erfolgreichen Kolonisation einzuspannen. Liebe war für ihn eine reine Privatangelegenheit, für deren ungehinderte Ausübung es galt, die notwendigen sozialen Bedingungen zu schaffen².

Weitling hoffte den mächtigen Hebel der Sexualität durch die konzentrierten materiellen Kräfte des Arbeiterbundes ersetzen zu können. Mit dieser Hilfe sollte der entbehrensreiche Beginn möglichst schnell überwunden werden und Communia so nach weniger als drei Jahren zu einer Stadt werden; in der Folgezeit konnten dann weitere Bundesstädte entstehen. "Von diesen Bundesstädten aus", erläuterte Weitling, "haben wir dann die Mittel, mit unseren Bodenerzeugnissen und Manufakturen die Bundesgemeinden und Associationen in den Städten zu versehen. Von diesen Bundesstädten aus endlich haben wir die kräftigsten Mittel für die Gründung der Tauschbank" (RdA, Nr. 11, 13.3.1852, 84)³. Seine wiederholten Berichte

1 Vgl. über Oneida RdA, Nr. 17, 24.4.1852, 132f.; RdA, Nr. 20, 15.5.1852, 156f. - Aus der reichhaltigen Forschungsliteratur über Oneida sei hier vor allem auf die Arbeit von Maren L. Carden sowie auf die neuere Studie von Karl-Ludwig Schibel (vgl. Schibel, 146ff.) verwiesen.

2 Einen Eindruck von der Vielfalt an Positionen, die es zur Frage der Sexualität im damaligen Amerika gab, vermittelt die Arbeit von Taylor Stoehr.

3 Vgl. RdA, Nr. 14, 3.4.1852, 108f.

über die in den religiösen Siedlungen herrschende strenge Moral erinnerten aber daran, daß trotz allem die Pioniere der Kolonisation mit harten Entbehrungen zu rechnen hatten. Eine sorgfältige Auswahl der ersten Siedler war daher notwendig.

Weitling legte in diese organisatorische Verknüpfung von Kommunismus und Arbeiterbewegung, die vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Reformbestrebungen einzigartig dastand, berechtigterweise große Hoffnungen. Neben der finanziellen Kraft des Arbeiterbundes, die die anfänglichen Schwierigkeiten einer Neuansiedlung mildern sollte, waren es auch seine weite Verbreitung über mehrere Bundesstaaten und die weiterhin bestehenden Kontakte nach Europa, die eine planvolle Kolonisation begünstigten.

Diese Hilfe des Arbeiterbundes bei der Gründung neuer Siedlungen kam aber nicht nur den jeweiligen Siedlern zugute, sondern geschah im Interesse aller Bundesmitglieder. Gemeinschaftliche Siedlungen erschienen als die aussichtsreichste Anlagemöglichkeit für die Pensionsgelder des Bundes. Die Bodenspekulation, über die die Kapitalisten ihre größten Profite einstrichen, sollte im Interesse der Arbeiter betrieben werden. Die Aussichten hierfür skizzierte die Konstitution des Arbeiterbundes: "Zum Ankauf großer Länderstrecken haben die Spekulanten der Umsonstesser jetzt noch mehr Geldmittel als der Arbeiterbund, aber der Arbeiterbund hat verhältnißmäßig mehr Mittel zur Verwerthung der angekauften Ländereien, denn er hat in seinen Reihen, die zur Ansiedelung nöthigen Arbeitskräfte und hat solchen Überfluß an Freiwilligen, daß derselbe die Ansiedelungen auf das Vortheilhafteste ordnen kann. .. Darum kann der Arbeiterbund durch die Verwendung von Bundesgeldern für die Kolonisation noch mehr gewinnen, als selbst die Spekulanten durch den Ankauf großer Länderstrecken" (RdA, Nr. 14, 3.4.1852, 108). Weitling hatte damit einen Weg bezeichnet, wie die Aussichten kleiner gemeinschaftlicher Siedlungen verbessert und zugleich eine mächtige Stütze für die Arbeiterbewegung gewonnen werden konnte.

Lediglich Communia profitierte jedoch von dieser Verfahrensweise: Im Sinne einer planvollen Besiedelung wurde in der Republik der Arbeiter wiederholt auf dortige Aufnahmebeschränkungen hingewiesen, wurden die günstigsten Reiserouten beschrieben und der Bedarf an bestimmten

Arbeitskräften mitgeteilt¹. Geldsendungen für die Siedlung kamen nicht nur von den Bundesgemeinden, sondern auch aus Deutschland (vgl. RdA, Nr. 26, 26.6.1852, 206).

Zur vorgesehenen Gründung weiterer Bundeskolonien kam es dagegen nicht. Die nahe Communia gelegene Siedlung Liberty zerfiel, bevor über eine Verbindung mit dem Arbeiterbund ernsthaft hatte geredet werden können (vgl. Kap. 2.5., 119f.). Dabei hatten die Mitglieder dieser Siedlung sich bereits in Deutschland für diesen Zweck zusammengeschlossen und auch die Reise gemeinsam angetreten, was auf eine recht gute Vorbereitung schließen läßt; auch von beachtlichen Geldmitteln war die Rede gewesen (vgl. RdA, Nr. 9, 14.6.1851, 66). Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

Dies gilt auch für andere Siedlungsprojekte, die in der Republik der Arbeiter Erwähnung fanden, wie die in Michigan geplante Siedlung Teutonia (vgl. RdA, Nov. 1850, 166f.)² oder den Kolonieverein in Pittsburg, dem hauptsächlich Eisenarbeiter angehörten, welche in einer Kohlengegend eine Eisengießerei errichten wollten (vgl. RdA, Nr. 24, 12.6.1852)³. Beide hatten ihre Absicht erklärt, sich dem Arbeiterbund bzw. der Arbeiterverbrüderung anschließen zu wollen. Es wurde jedoch nicht wieder über sie berichtet.

Auch ein Anschluß bereits bestehender Siedlungen an den Arbeiterbund konnte nicht verwirklicht werden. Schilderungen über die Siedlung Bethel in Missouri⁴ hatten bei Weitling entsprechende Hoffnungen geweckt (vgl. RdA, Nr. 9, 28.2.1852, 67), die jedoch bei einem persönlichen Besuch dort schnell zerstört wurden⁵. Er fand eine Siedlung vor, deren Bewohner nicht durch ein von allen vertretenes Prinzip, sondern vielmehr durch die persönliche Autorität eines prinzipienlosen und ungebildeten Führers,

1 Vgl. RdA, Nr. 7, 14.2.1852, 56; RdA, Nr. 18, 1.5.1852, 142, 144; RdA, Nr. 36, 4.9.1852, 281; RdA, Nr. 52, 25.12.1852, 415f.

2 Vgl. auch RdA, Feb. 1851, 28f.

3 Vgl. auch RdA, Nr. 25, 19.6.1852, 197.

4 Zu Bethel vgl. vor allem die Arbeit von William G. Bek, aber auch Hillquit, 40ff.; Nordhoff, 305ff.

5 Vgl. Weitlings Schilderungen in RdA, Nr. 35, 28.8.1852, 277f.; RdA, Nr. 36, 4.9.1852, 282ff.; RdA, Nr. 37, 11.9.1852, 290f. - Eine gekürzte und nicht immer korrekte Übersetzung der Schilderung aus RdA, Nr. 36, befindet sich bei den A.J. Macdonald Papers, Yale University; sie wurde von H. Roger Grant in der Missouri Historical Review publiziert (vgl. Grant 1973/74). Grant hielt diesen Text jedoch irrtümlich für einen Brief Weitlings an MacDonald. Auch die Datierung stimmt nicht: Weitling schrieb seine Korrespondenz nicht am 12. Mai, sondern am 12. August 1852.

Wilhelm Keil, zusammengehalten wurden. Die Regelung der Arbeiten und der Verteilung der Produkte war undurchschaubar, vieles deutete jedoch darauf hin, daß Keil sich und seinen Angehörigen mehr Genüsse gönnte als den übrigen Siedlern. An eine Zusammenarbeit des Arbeiterbundes mit dieser Siedlung war nicht zu denken.

Der Streit mit Ikarier

Unvergleichlich günstiger waren die Aussichten für einen Zusammenschluß mit den Ikarier. Indem sie ihren Mitgliedern kein bestimmtes Glaubensbekenntnis abverlangten, sich vielmehr, im Unterschied zu religiös motivierten Siedlungen, die Verbreitung der Gütergemeinschaft zum Wohle der gesamten Menschheit zum Ziele gesetzt hatten, kamen sie, zumindest programmatisch, den Intentionen Weitlings und des Arbeiterbundes am nächsten. Interesse an einer Zusammenarbeit bestand auf beiden Seiten, wie aus der Antwort Cabets auf ein entsprechendes Schreiben Weitlings hervorgeht (vgl. RdA, Nr. 4, 10.5.1851, 27). Dennoch blieb es lediglich bei Absichtserklärungen.

Das Verhältnis zwischen Arbeiterbund und Ikarier bedarf einer näheren Untersuchung, die in dieser Arbeit nicht geleistet werden kann. Weitlings eigene Äußerungen hierzu legen immerhin die Annahme nahe, daß seine kritischen Berichte über die ikarische Siedlung in Nauvoo wesentlich zum Ausbleiben der beabsichtigten Zusammenarbeit beitrugen, womöglich hauptsächlich verantwortlich dafür waren. Obwohl er selbst der Ansicht war, in seinen Korrespondenzen "alle guten Seiten bis zum Himmel emporgehoben" zu haben (RdA, Nr. 12, 19.3.1853, 90), kam es schon bald zu einer Erwiderung in der deutschsprachigen ikarischen Monatszeitung Der Communist, über die Weitling jedoch kein Wort verlieren wollte, da er sie als eine inhaltliche Bestätigung seiner Kritik wertete. Die in der gleichen Zeitung gegen ihn gerichtete Korrespondenz eines J.A. Heinsohn, der ihm geistige Selbständigkeit absprach, sah er hingegen als einen Versuch, "zwischen unsern Beziehungen eine Kluft zu graben", dem hoffentlich von seiten der Ikarier entgegengetreten würde (RdA, Nr. 13, 27.3.1852, 98).

Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Etwa vier Monate später, im Juli 1852, kam es in Communia zur Krise, die mit der Abwahl Krisingers als Präsident und mehreren Austritten endete (vgl. Kap. 2.5., 122ff). Einige der Ausgetretenen propagierten nun den Anschluß an die Ikarier, wodurch die Beziehungen des Arbeiterbundes zu den Ikarier zusätzlich belastet

wurden. Auch Weitling wählte nun sehr scharfe Worte: "Anschluß an Cabet! das kann nur Jemand wünschen, der in idealen Träumereien sich Bilder von Kolonien und Kommunismus macht. (...) Unsre Ansicht vom Kommunismus ist überhaupt eine ganz andere, als die des Cabet, welche seinen Franzosen so fest im Kopfe steckt, daß kein anderer Gedanke mehr Platz findet, als höchstens der des Austritts" (RdA, Nr. 51, 18.12.1852, 409). Angesichts dieser harten Formulierungen ist Weitlings an gleicher Stelle geäußerte Versicherung, er sehe "unserer Kolonie und unseren Associationen auch keine Fehler durch die Finger" und hätte sie "eben so scharf kritisiert, als die französische Kolonie" (ebd.), nicht ganz glaubwürdig. Was er hier von sich gab, war keine Kritik in konstruktiver Absicht, sondern ein genüßliches Ausbreiten der Schwächen eines Gegners, der damit nachhaltig getroffen werden sollte. Dies war zwar in erster Linie gegen die aus den Reihen des Arbeiterbundes stammende Opposition gerichtet, mußte aber unvermeidlich Cabet und die Ikarier ebenso treffen.

Weitling gab eine mündliche Mitteilung wieder, wonach die deutschsprachige Zeitung der Ikarier mit dem bestimmten Zweck ins Leben gerufen worden sei, die Republik der Arbeiter zu stürzen, "weil sie keine Korrespondenz über die Kolonie gebracht, wie eine solche gewünscht wurde und weil sie durch den Arbeiterbund und Kommunia die deutschen Kräfte nach besonderen Principien concentrirt und dieselben dadurch von Ikarien abgezogen werden" (ebd.). Die Veröffentlichung solch eines harten Vorwurfes, der zudem lediglich eine schwer überprüfbare mündliche Mitteilung zur Grundlage hatte, entsprach nicht den ansonsten von Weitling verfochtenen Prinzipien¹. Möglicherweise waren, wie offenbar auch von Cabet vermutet (vgl. RdA, Nr. 9, 26.2.1853, 65), die den Ikarier unterstellten Ängste vor Abwerbung in Wirklichkeit seine eigenen.

Mit dem Hinweis auf die von ihm verfaßten Korrespondenzen wollte Weitling die Verhinderung einer Zusammenarbeit zwischen Ikarier und Arbeiterbund einseitig den Ikarier anlasten, denen er vorwarf, Kritik nicht vertragen zu können. "Nach meinen Erfahrungen und Zwecken", erklärte er ihnen, "ist es besser, Leuten, welche ihre sociale Stellung aufgeben und in eine Kolonie ziehen wollen, nie die Lichtseiten ohne die Schattenseiten zu zeichnen. Nach Euren oder Cabets Erfahrungen ist es besser die Lichtseiten allein hervorzuheben und die Schattenseiten

¹ Vgl. Bluntschli, 36, wo Weitlings Forderung wiedergegeben wird, jede "Ohrenblase mit Beschämung des Ohrenbläses zurückzuweisen, selbst wenn sie Wahrheit enthält".

der eigenen Parthei zu verdecken" (RdA, Nr. 12, 19.3.1853, 90). Dieser Gegensatz bestand so nicht, wurde zumindest von Weitling übertrieben. In einer Propagandabroschüre, die als Schreiben an einen zum Anschluß an die Kolonie entschlossenen Ikarier abgefaßt war, hatte Cabet ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es gegenwärtig noch großer Aufopferung bedürfe, um Kommunist zu sein und daher niemand in der Erwartung in die Kolonie kommen solle, dort Genüsse zu finden. "Hüten wir uns jedoch vor jeder Übertreibung", warnte er, "sehen wir unpartheiisch unsere Lage, wie sie ist, in ihren Schatten- und Lichtseiten" (Cabet 1854, 7).

Inhaltlich von Weitlings Kritik gar nicht weit entfernt, wiesen die Ikarier auf ihre unbefriedigende ökonomische Verfassung hin, erklärten dies aber zum Teil mit dem Charakter Nauvoos als einer Übergangslösung, eines Sammelplatzes, von dem aus sie bald zu einem neuen Ort ziehen wollten, um dort unter günstigeren Voraussetzungen an der Errichtung der Gütergemeinschaft zu arbeiten (vgl. ebd., 28f.)¹. Diesen Gesichtspunkt hatte Weitling in seiner Korrespondenz zwar auch erwähnt, ihm aber keinen zentralen Stellenwert eingeräumt (vgl. RdA, Nr. 30, 8.11.1851, 237).

Die Belastung des Verhältnisses und das Scheitern der Zusammenarbeit zwischen dem Arbeiterbund und den Ikarier kann daher nicht ausschließlich darauf zurückzuführen sein, daß Weitling in seinen Korrespondenzen die "Schattenseiten" Ikarier zu sehr hervorhob. Es war vielmehr die herablassende Art, in der er seine Kritik hervorbrachte, die die Ikarier kränkte und zu ihren Entgegnungen veranlaßte. Möglich, daß sie wiederum zu empfindlich reagierten und damit den Graben, der sie von Weitling trennte und der zu diesem Zeitpunkt noch hätte zugeschüttet werden können, tiefer schaufelten. Den ersten Spatenstich zu diesem schließlich unüberwindlichen Graben tat jedoch Weitling.

Grundsätzliche Probleme des Kommunitarismus

Die Auseinandersetzung mit den Ikarier ist die letzte dokumentierte kritische Beschäftigung Weitlings mit kommunitarischen Siedlungsprojekten außerhalb des Arbeiterbundes. Möglicherweise meinte er, auf diesem Wege bereits genügend Erfahrungen zur Erarbeitung einer eigenen grundsätzlichen Position gesammelt zu haben, so daß ihm das Kennenlernen weiterer Siedlungen vorläufig nicht nötig schien. Entscheidender aber dürfte gewesen sein, daß seine Aufmerksamkeit nun zunehmend durch die Auseinanderset-

¹ Vgl. Cabet 1853, 22f.

zung mit Communia in Anspruch genommen wurde und ihm folglich die Möglichkeit fehlte, sich eingehend mit anderen Siedlungen zu beschäftigen.

In seinen Auseinandersetzungen mit Communia und mit anderen Siedlungsprojekten sowie in mehreren grundsätzlichen Artikeln kristallisierte Weitling einige Grundprobleme kommunitarischer Strategie heraus und versuchte, Lösungen dafür zu entwickeln.

Ökonomie

Ein Gesichtspunkt lag unmittelbar auf der Hand: Natürlich waren die Erfolgsaussichten einer Siedlung um so besser, je mehr finanzielle Mittel ihr zu Beginn zur Verfügung standen. Hier konnte der Arbeiterbund mit seinem Pensionsfond die Ausgangslage neu zu gründender Siedlungen entscheidend verbessern. Es galt aber auch, diese Gelder richtig zu nutzen. Eine Siedlung mußte möglichst rasch auf eine solide ökonomische Grundlage gestellt werden, um das Geld zur Gründung neuer Siedlungen wieder zur Verfügung zu haben. Auch die mit den Siedlungen beabsichtigte Propaganda erforderte das: "Die Farmer und Bewohner der Umgegend unserer Kolonie in unsre Tauschordnung zu ziehen und sie durch praktische Vortheile für diese Einrichtung einzunehmen, das muß am Ende der nächste Zweck einer Kolonie sein, welche den Centralpunkt des Handels und der Geschäfte der Nachbarschaft bilden, und dieselbe für politische und sociale Zwecke gewinnen will". Sie durfte daher unter einer armen Bevölkerung nicht isoliert stehen, sondern mußte reich werden, "aber nicht zu ihrem eigenen Vortheile, sondern zum Vortheile und im Interesse Aller, welche mit ihr dieser Vortheile wegen sich zum Austausch verbunden haben" (RdA, Nr. 2, 8.1.1853, 5).

Weitling warnte daher davor, in einer neuen Siedlung zunächst den Ankauf und die Urbarmachung großer Länderstrecken in Angriff zu nehmen. Der "mit eigener Industrie verbundene Handel" könne erheblich mehr einbringen, die Errichtung einer Säge- und Mahlmühle mit dazugehörigem Laden sollte folglich Vorrang haben (RdA, Nr. 2, 8.1.1853, 4). "Haben wir aber eine Mühle, so sind die Farmen aller Farmer, welche uns ihre Produkte bringen, gleichsam als unsre Farmen zu betrachten: denn jene sind mit uns durch das Interesse verbunden und bebauen ihre Acker fleißiger unter dem täuschenden Genuß ihres Eigenthumsrechtes, als wenn die Farmen uns gehörten, als wenn diese Farmer unsre Mitglieder wären und dieselben für bestimmte Preise die Farm direkt für uns bearbeiten" (ebd., 5).

Ein solcher Satz wäre eines Kapitalisten würdig gewesen. Um eine gegen die Ausbeutung gerichtete Bewegung aufzubauen, nahm Weitling in Kauf, sich auf Ausbeutermethoden einzulassen und diese sogar ein Stück weit zu übernehmen. Natürlich war nicht persönliche Bereicherung sein Ziel, vielmehr ging es ihm um den ökonomischen Vorteil zum Nutzen der Ausgebeuteten und auf Kosten der Kapitalisten. Dennoch begab er sich damit auf eine Ebene mit dem Kapital, trat zu ihm in Konkurrenz. Das war nicht sein persönlicher Fehler, sondern durch die Umstände erzwungene Notwendigkeit, aber konnte so erfolgreich kommunistische Politik betrieben werden? Konnten die Kommunisten in der Konkurrenz mit dem Kapital dauerhaft bestehen? Konnten sie ihre Ziele erreichen, indem sie sich als die besseren Kapitalisten erwiesen?

Weitling war sich darüber im klaren, daß eine Assoziation, die das Wohl der Arbeiter im Auge hatte und von diesen gemeinschaftlich besessen und verwaltet wurde, gegenüber dem Kapital entscheidende Nachteile hatte. Vor allem fehlten ihr wirksame Möglichkeiten zur Erhöhung der Arbeitsdisziplin. "Die Folgen davon sind", konstatierte er, "daß für eine bestimmte Summe Geldes von der Geldmacht der Außenwelt mehr durch die von derselben angestellten Arbeiter erzielt wird, als für dieselbe Summe von den Arbeitern einer nicht an Disciplin gewöhnten Association" (RdA, Nr. 26, 24.6.1854, 203).

Moral

Das Beispiel religiöser Siedlungen konnte zeigen, daß dieser Nachteil nicht unüberwindbar war. Weitling führte deren ökonomischen Erfolg mit darauf zurück, daß dort der Ehrgeiz und "alle einheitszerreißenden Leidenschaften" weniger Spielraum hätten. Alle Mitglieder sähen sich durch eine übersinnliche Macht regiert, der auch die Führer sich demütig beugten, wodurch der Schein des Regierens wegfiel. Es fragte sich nun, ob die Eindämmung der schädlichen Leidenschaften auch anders als nur auf religiösem Wege möglich war (RdA, Nr. 2, 8.1.1853, 3).

"Ohne einen prinzipiellen und moralischen Haltspunkt", schlußfolgte Weitling, "kann nach meiner Ansicht keine Kolonie gedeihen, kann überhaupt gar keine zum Schutze der Schwachen und Hilfsbedürftigen, zum Schutze der guten, fleißigen und die Wohlfahrt des Ganzen fördernden Menschen geschaffene Organisation der Menschheit gedeihen". Ein solcher moralischer Haltspunkt mußte aber nicht religiöser Art sein und war mit freien Institutionen durchaus vereinbar. Er bestand vor allem darin, dem

Verwaltungspersonal einer Siedlung keinerlei materielle Vergünstigungen zu gewähren. Verwaltungssämter mußten Aufopferungsämter sein, niemand sollte sie persönlicher Vorteile wegen anstreben können (RdA, Nr. 2, 8.1.1853, 3). "Je bescheidenere Ansprüche jedes Mitglied für geleistete allgemeine Dienste macht, um so mehr gute Beispiele werden dadurch den Andern gegeben, um so mehr werden dadurch Habsucht und Ehrgeiz entkräftet" (RdA, Nr. 10, 5.3.1853, 76). Weiterhin war ein völliger Verzicht auf die herkömmlichen Abstimmungsgewohnheiten notwendig, "denn durch dieses Thor drängen gewöhnlich mit der leichtesten Mühe von der Welt alle Ehrgeizigen und Habsüchtigen zur Befriedigung dieser ihrer besondern Begierden und Leidenschaften" (ebd.)¹. Entscheidend war allerdings, daß diese Grundlagen in einer Siedlung von Anfang an gelegt wurden. Nachträglich waren sie kaum noch durchzusetzen (vgl. RdA, Nr. 11, 11.3.1854, 81).

Recht

Neben der ökonomischen und der moralischen Verfassung kommunitarischer Siedlungen bildeten juristische Fragen ein drittes wichtiges Problemfeld. Weitling erkannte die den Bestrebungen des Arbeiterbundes feindlichen Tendenzen der Gesetze der Vereinigten Staaten: "Die Tendenz des gemeinschaftlichen Eigentumes und des gemeinschaftlichen Besitzes hat kein spezielles Recht und keinen Schutz vor den Uneinigkeiten der Mitglieder und den Gesetzen des Staates, sondern nur eine sehr gefährliche, zeitweilige Duldung während der Zeit ihres gegenseitigen Vertrauens". In den Chartergesetzen sah er nichts weiter als Netze, "in welchen man uns scheinbar frei herumspazieren läßt, welche man aber jeden Augenblick zusammen ziehen kann, wenn wir in unserm gegenseitigen Vertrauen darin stark werden, so daß vorauszusehen ist, daß diese Netze uns nicht lange in der gewünschten Abhängigkeit vom gesetzlichen Ausbeutesystem halten können". Mehr Sicherheit versprach er sich von den Gesetzen, die jedem Einzelnen sein Eigentum und seine Ansprüche sichern sollten (RdA, Nr. 11, 11.3.1854, 83)².

Es blieb aber das grundsätzliche Problem, wie eine gemeinschaftliche Siedlung eine Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft durchsetzen konnte, solange sie deren Sanktionsgewalt anerkennen mußte. "Die innern

1 Vgl. RdA, Nr. 2, 8.1.1853, 4.

2 Vgl. Kap. 2.5., 136ff., 158f.

Gesetze einer Kolonie haben nur so lange volle Geltung", erkannte Weitling ganz richtig, "als die Mitglieder, die Nachbarn und die Staatsregierung darin für sie nichts Nachtheiliges sehen, nur so lange, als sie dieselben dulden wollen". Er gab zu bedenken, daß gegen jegliche gesetzliche Bestimmung immer eine Klage möglich war. Dabei war es unerheblich, wie begründet und aussichtsreich eine solche Klage war. Er war überzeugt, daß findige Anwälte immer ausreichend Klagebegründungen finden würden, um eine Kolonie über die Prozeßkosten finanziell aushungern zu können, unabhängig vom späteren gerichtlichen Entscheid, zu dem es dann gar nicht mehr kommen mußte (RdA, Nr. 26, 24.6.1854, 202).

Weitlings Skepsis gegenüber der bürgerlichen Rechtsprechung war offenbar - zumindest in Verbindung mit der von ihm verfolgten Argumentation - unter Kommunitariern damals nicht weit verbreitet. So kann Manfred Hahn aus den Konstitutionen owenistischer Siedlungen einige an den Staat gerichtete Loyalitätsbekundungen zitieren und zusammenfassen: "Auf den Staat sich verlassen und zugleich von der kapitalistischen Gesellschaft sich lossagen: der Kommunitarismus sieht darin anscheinend keinen Widerspruch". Folglich wurde die in den Chartergesetzen liegende potentielle Bedrohung der Siedlungen seltener gesehen als der durch diese Gesetze gewährte Schutz (Hahn 1985, 25)¹.

Hahns Ausführungen dienen jedoch eher der Skizzierung eines Forschungsprogramms und können noch nicht als gesicherte Erkenntnisse gelten. Auch konzentriert sich sein Interesse auf den owenistischen, fourieristischen und ikarischen Kommunitarismus. Carol Weisbrod hingegen, die sich eingehend mit juristischen Aspekten des Kommunitarismus beschäftigt hat, kann auf der Grundlage anderer Quellen ein differenzierteres Bild zeichnen und damit die Probleme verdeutlichen, mit denen Weitling konfrontiert war.

Weisbrod nennt die Siedlungen Zoar, Amana und Ikarien in Nauvoo, die alle auf Grundlage der Chartergesetze inkorporiert waren. Andere, fährt sie fort, wie die Shaker, die Rappisten und die Perfektionisten hätten dies zum Teil deswegen abgelehnt, weil damit eine zu starke Bindung an die Formen der Außenwelt einhergegangen wäre (vgl. Weisbrod, 7)².

1 Vgl. Hahn 1983, 18f.

2 "Others, like the Shakers, the Harmonists, and the Perfectionists, rejected the corporate form, in part because it seemed to require too much recognition of the forms of the world" (Weisbrod, 7).

Der Entscheidung zur Erlangung eines Charters ging ein genaues Abwägen der Vor- und Nachteile voraus (vgl. ebd., 45)¹. Die Möglichkeiten staatlicher Kontrolle, der sich die Siedlungen durch Erlangung eines Charters verstärkt aussetzten, verdeutlicht Weisbrod am Beispiel der Mormonen, die aufgrund der von ihnen praktizierten Polygamie harten Verfolgungen ausgesetzt waren, welche schließlich in der Auflösung ihrer Organisation und der Beschlagnahme ihres Kircheneigentums ihren Endpunkt fanden (vgl. ebd., 30).

Leider diskutiert Weisbrod nicht detailliert die Gründe, die die verschiedenen Siedlungen bewogen, sich auf Grundlage der Chartergesetze zu organisieren oder auch nicht. Zweifellos hatte das Bedürfnis nach ungehinderter Ausübung religiöser Bräuche häufig eine wichtige Bedeutung. Der von Weitling in den Vordergrund gerückte Nachteil der auf jeweils nur einen Staat beschränkten Gültigkeit eines Charters dürfte hingegen im allgemeinen keine Rolle gespielt haben, da es außer Communia keine Siedlung gab, die einer sich über mehrere Bundesstaaten erstreckenden Organisation angehörte. Für den Arbeiterbund war dies aber ein entscheidendes Problem und Weitling wies nicht ohne Stolz auf die Einzigartigkeit dieser Organisationsform hin (vgl. RdA, Nr. 26, 24.6.1854, 203).

Einen wirksameren gesetzlichen Schutz für die Operationen des Arbeiterbundes - bei gleichzeitig geringeren staatlichen Kontrollmöglichkeiten - erhoffte er sich von dem Instrument der Generalvollmacht (vgl. Kap. 2.5., 203). Damit scheint er die unter den gegebenen Verhältnissen juristisch günstigste Organisationsform gefunden zu haben. Die Siedlung Zoar war in gleicher Weise organisiert, dort hielt der Gründer Joseph Bäuml² als Bevollmächtigter der Mitglieder die Rechtstitel auf den gesamten Grundbesitz in seinen Händen. In dieser Organisationsform überstand die Siedlung erfolgreich einen Rechtsstreit (vgl. Weisbrod, 140f.). Abwegig war Weitlings Lösung also keinesfalls, zumal er darüber hinaus auch dem Problem vorgebeugt hatte, das entstehen konnte, wenn ein Bevollmächtigter starb und keine inkorporierte Gesellschaft existierte, der er das von ihm verwaltete Eigentum vermachen konnte (vgl. Kanter, 147, 159). Der Arbeiterbund sollte ja durchaus gechartert werden, während die Generalvollmacht vor

1 "Where a society had chosen to incorporate, and was able to do so under the laws of the state, it did so in the belief that the advantages of incorporation - perpetual existence as a corporate person - outweighed the disadvantages of state scrutiny. For what the state had granted it could take away" (ebd., 45).

2 Die Schreibweise seines Namens änderte er später in "Bimeler".

allem dazu diente, die damit verbundene Beschränkung auf einen Bundesstaat zu überwinden.

Selbst die perfektteste Rechtsform konnte jedoch nur der Abwehr von gerichtlichen Klagen dienen, die Klageerhebung selbst war nicht zu verhindern. In diesem Punkt war jede Siedlung verwundbar. Ein im Jahre 1852 gegen die Rappsche Siedlung geführter Prozeß diente Weitling als abschreckendes Beispiel. Ein ausgeschiedenes Mitglied hatte dort auf Auszahlung eines Anteils von \$ 60000 geklagt und - zumindest in der ersten Instanz - Recht bekommen¹. Weitling vermutete, daß die Initiative zu solchen Klagen häufig von Anwälten ausging, die auf einen nicht unerheblichen Anteil an diesen Beträgen als ihr Honorar spekulierten. Er ging davon aus, daß zur Abwehr derartiger Klagen womöglich noch höhere Summen erforderlich waren. Viele Kolonien hätten es daher vorgezogen, "lieber dem gewissenlosen Ankläger das Verlangte zu geben - wenn immer dies möglich ist - als es den Advokaten später doppelt und dreifach geben zu müssen" (RdA, Nr. 6, 5.2.1853, 42).

Tatsächlich waren derartige Klagen im 19. Jahrhundert nichts Außergewöhnliches, wenn Weitling auch ein offenbar zu düsteres Bild zeichnet. Weisbrod berichtet in ihrer Studie von einer für den Kommunitarismus günstigen Rechtsprechung und führt keinen Fall an, der gegen eine Siedlung entschieden worden wäre (vgl. Weisbrod, 123ff.). Einschränkend muß hierbei zwar beachtet werden, daß ihr Interesse vornehmlich der Diskussion juristischer Aspekte gilt und die Quellenbasis ihrer Arbeit aus diesem Grund keine historische Vollständigkeit anstrebt. Ihr zusammenfassendes Urteil stützt sich jedoch nicht nur auf diese Quellen, sondern auch auf einschlägige historische Darstellungen und kann, zumal es nur eine Tendenz bezeichnet, als ausreichend fundiert gelten. Demnach gingen die von ehemaligen Mitgliedern kommunitarischer Siedlungen gegen eben diese Siedlungen angestregten Klagen gewöhnlich verloren, da die Gerichte das

1 Vermutlich bezieht Weitling sich hierbei auf die Klage Joshua Nachtriebs, der von Georg Rapp aus der Siedlung in Economy ausgestoßen worden war. Das Verfahren zog sich über mehrere Jahre hin und nachdem im November 1851 vom District Court for Western Pennsylvania die Erstellung eines Inventars der Siedlung angeordnet worden war, wurde Nachtrieb in der gleichen Instanz die Auszahlung eines Anteils von \$ 3890 zuerkannt. Das Urteil wurde vom Supreme Court jedoch revidiert (vgl. Arndt 1971, 48ff.; Weisbrod, 144ff.). Bei seinen, hinsichtlich der verhandelten Geldbeträge völlig unrealistischen Angaben stützte Weitling sich möglicherweise auf unzuverlässige Presseberichte, die dieses Verfahren mit der großen Spaltung der Harmony Society im Jahre 1832 durcheinanderbrachten, bei der es tatsächlich um vergleichbare Summen gegangen war (vgl. zu dieser Spaltung Arndt 1972, 493f.).

Recht der Vertragsfreiheit höher bewerteten (vgl. Weisbrod, 158)¹.

Die Idee der Vertragsfreiheit war der juristische Ausdruck der Unabhängigkeit der ökonomischen Sphäre von staatlicher Einflußnahme. Jeder mündige Bürger konnte Verträge nahezu beliebiger Art schließen, konnte dann aber auch von seinem Vertragspartner auf Erfüllung der vereinbarten Pflichten verklagt werden. Umgekehrt war es nahezu ausgeschlossen, Rechte, auf die man einmal vertraglich verzichtet hatte, nachträglich wieder einzuklagen. Wer etwa bei der Aufnahme in eine kommunitarische Siedlung ausdrücklich auf die Zahlung von Löhnen und auf die Rückerstattung des von ihm eingebrachten Eigentums im Falle seines Austritts verzichtete, war an diese Vereinbarung gebunden und konnte sie auch vor Gericht zumeist nicht wieder rückgängig machen. Es ist ein bemerkenswerter Widerspruch, daß diese für die Entwicklung des Kapitalismus essentiell notwendige Idee der Vertragsfreiheit zugleich die Existenz kommunitarischer, gegen das Privateigentum gerichteter Siedlungen absicherte².

Weisbrod räumt ein, daß die für die kommunitarischen Siedlungen günstige Rechtsprechung auch dem hohen Stellenwert, der der Freiheit der Religion eingeräumt wurde, sowie einem in der Rechtstradition verwurzelten grundsätzlichen Respekt vor der Religion, insbesondere dem Christentum, geschuldet war (vgl. Weisbrod, 166ff.). Die häufig religiöse Argumentation der Kommunitarier trug auch dazu bei, daß der von ihnen praktizierte Kommunismus von der übrigen Gesellschaft nicht als Bedrohung angesehen wurde. Noch bedeutsamer hierfür war aber die Tatsache, daß sich die Siedlungen in ihren Beziehungen zur Außenwelt von gewöhnlichen kapitalistischen Geschäftsleuten überhaupt nicht unterschieden³. Wiederum zeigt das Beispiel der Mormonen, daß auch andere Urteile möglich waren, sofern die den Kommunitariern gegenüber grundsätzlich positive Einstellung wegfiel (vgl. ebd., 159ff.).

1 "The former utopians (...) regularly lost, and they lost on the theory of freedom of contract" (Weisbrod, 158).

2 "In the case of the utopias, freedom of contract was being used to create institutions clearly opposed to the institutions of the outside world. At issue was whether these groups and this use of the law of contract would be tolerated" (Weisbrod, 166).

3 "But much more important", schreibt Weisbrod, "the communities did not seem a threat to the outside world, because they functioned as businessmen and capitalists in their relations with the external system, and not as communists at all" (ebd., 38f.).

Bedingungen ökonomischer und moralischer Stärke

Bei Berücksichtigung dieser Einschränkungen erscheint Weitlings Einschätzung der Möglichkeiten kommunitarischer Siedlungen, die zunächst - vor dem Hintergrund tatsächlich ergangener Urteile - übertrieben pessimistisch wirkte, wieder realistischer. Nicht nur, daß er auf religiöse Argumentation und damit auch auf die hierfür gewährten Freiheiten verzichtete, war sein Kommunitarismus darüber hinaus auch eingebunden in eine Arbeiterorganisation, die sich ausdrücklich gegen das Kapital als Gegner richtete. Die von Weisbrod angeführten Einflüsse, die bis dahin zu einer wohlwollenden Rechtsprechung mit beigetragen hatten, fielen damit weg. Weitling ahnte, daß er, auch auf juristischer Ebene, mit dem erbitterten Widerstand des Kapitals zu rechnen hatte, sobald die von ihm aufgebaute Organisation sich als wirksam erweisen würde. An eine Unabhängigkeit der Rechtsprechung glaubte er nicht. Vor Gericht zählten nicht die besseren Argumente, sondern letztlich ökonomische und moralische Stärke. Zwar mußten die rechtlichen Möglichkeiten so weit wie nur möglich ausgenutzt werden, sie allein konnten aber keine ausreichende Sicherheit bieten.

Wie aber konnte die ökonomische und moralische Stärke einer Siedlung befördert werden? Zur Beantwortung dieser Frage bietet die Studie über "Commitment and Community" von Rosabeth Moss Kanter, die sich mit den Bedingungen des Erfolges oder auch Mißerfolges gemeinschaftlicher Siedlungen beschäftigt, einige Anhaltspunkte.

Kanter legt hierbei als einziges Erfolgskriterium die Lebensdauer einer Siedlung zugrunde: Sofern eine Siedlung länger als 25 Jahre - wodurch soziologisch eine Generation definiert sei - existieren konnte, wird sie von ihr als "erfolgreich" gewertet (Kanter, 245). Ein solches Kriterium hat den Vorteil, die empirische Untersuchung zu erleichtern bzw. überhaupt erst zu ermöglichen, muß jedoch von den unterschiedlichen Intentionen der verschiedenen Siedlungen notwendigerweise abstrahieren. Kanter ist sich dieser Einschränkungen bewußt, meint aber, daß in der langen Lebensdauer einer Siedlung zumeist auch der auf anderen Ebenen angesiedelte Erfolg, wie etwa die persönliche Befriedigung der Mitglieder, zum Ausdruck komme (vgl. ebd., 127f.). In jedem Falle ist ihre Studie eine wertvolle Hilfe, um die Schwierigkeiten, mit denen Weitling zu kämpfen hatte, besser verstehen und seine Einschätzung dieser Situation besser beurteilen zu können. Schließlich bedeutet "Erfolg" im Sinne Kanters auch, daß eine Siedlung imstande war, Krisen verschiedenster Art, wie etwa

Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen oder interne Auseinandersetzungen und Spaltungen, zu überstehen (vgl. Kanter, 128). Es geht also, mit anderen Worten, um die Bedingungen dessen, was oben "ökonomische und moralische Stärke" genannt wurde.

Kanter konzentriert dies im Problem des Commitments, womit sie die Bereitschaft der Mitglieder meint, sich für die Belange der Siedlung zu engagieren (vgl. ebd., 64ff.) und entwickelt einen Katalog von Maßnahmen, mit denen im 19. Jahrhundert Siedlungen versuchten, sich das Engagement ihrer Mitglieder zu sichern.

Ihre gelegentlichen Verweise auf Erkenntnisse moderner sozialwissenschaftlicher Forschungen, z.B. gruppenpsychologische Experimente (vgl. ebd., 76), vermitteln zwar den Eindruck eines methodologischen Eklektizismus, der sich nicht darum kehrt, wie bestimmte Forschungsergebnisse zustande kommen und sie daher unbekümmert auf historische Sachverhalte übertragen kann. Da diese Verweise aber keine zentrale Erklärungskraft beanspruchen und sich Kanter zudem ausführlich auf historische Quellen stützt, können derartige methodologische Bedenken, die bei einer detaillierteren Diskussion ihrer Ergebnisse ins Gewicht fallen könnten, hier vernachlässigt werden.

Denn auch ohne den Blick aufs Detail wird schnell deutlich, wo Weitlings Versuch, Kommunitarismus und Arbeiterbewegung zusammenzuführen, auf Schwierigkeiten stieß. Sein Ziel war es, mit dem Arbeiterbund und dessen Kolonien eine Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft aufzubauen. Den ausgebeuteten Arbeitern und Farmern und allen anderen mit der kapitalistischen Gesellschaft Unzufriedenen wollte Weitling ein Modell des besseren Zusammenlebens vorführen, dem sie sich dann in immer größeren Zahlen anschließen sollten.

Im Rahmen einer solchen Zielsetzung durften kommunitarische Siedlungen natürlich nicht damit zufrieden sein, nur ihren Mitgliedern Vorteile zu bieten, sondern mußten das Bestreben haben, auf die Außenwelt einzuwirken, zu der folglich ein möglichst enger Kontakt zu suchen war. Um auf die Massen wirken zu können, durfte die Entscheidung, in einer kommunitarischen Siedlung leben zu wollen, nur mit möglichst wenig Opfern und Nachteilen verbunden sein. Individuellen Neigungen mußte sich ein womöglich größerer Spielraum eröffnen als in der übrigen Gesellschaft.

Kanters Studie zeigt nun, daß all dies Bedingungen waren, die die Stabilität kommunitarischer Siedlungen gefährdeten. Diese waren demnach um so erfolgreicher, je mehr sie sich von der Außenwelt absetzten und

isolierten, sowohl geographisch als auch hinsichtlich ihrer Verhaltens- und Denkweisen. Erfolgreiche Siedlungen neigten daher beispielsweise auch dazu, auswärtige Zeitungen zu ignorieren (vgl. Kanter, 83ff.). Für Weitling undenkbar¹.

Auch andere Prinzipien, denen viele Siedlungen ihre Stabilität verdankten, mußten für Weitling außerhalb jeder Diskussion stehen. So wehrte er sich nachdrücklich gegen jede Regulierung des Sexuallebens, die zwar das Engagement der Bewohner für die allgemeinen Belange ihrer Siedlung erhöhen konnte (vgl. ebd., 77f., 86ff.), der Propaganda für den Kommunismus und damit dem Hauptzweck der von ihm beabsichtigten Siedlungsgründungen aber unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen mußte. Dies war kein taktisches Problem². Es ging Weitling nicht um den bloßen Nachweis der Möglichkeit eines Zusammenlebens in Gemeinschaft, sondern um eine eindrucksvolle Demonstration, daß erst ein solches gemeinschaftliches Zusammenleben die Ausdehnung individueller Freiheiten ermöglicht. Die Erfahrungen aller kommunitarischen Siedlungen schienen dem zu widersprechen und ließen zwischen gemeinschaftlichem Leben und individuellen Freiheiten einen grundlegenden, nicht aufhebbaren Widerspruch vermuten.

Grenzen des Kommunitarismus

In einem grundsätzlichen Artikel, der zu seinen scharfsinnigsten und reifsten Werken zählt, setzte sich Weitling mit diesem Problem auseinander³. Er erkannte, daß die Probleme der kommunitarischen Siedlungen keinen der kommunistischen Lehre innewohnenden Widerspruch offenbarten, nicht in der menschlichen Natur begründet waren, sondern aus dem Klassengegensatz der kapitalistischen Gesellschaft hervorgingen. "Wir wollen den Lohn der Arbeit und die Preise der Produkte nach gleichen Verhältnissen regeln",

1 Vgl. den Schlußsatz in einem Brief aus Communia: "So eben ist die Post angekommen. Alles sitzt herum und liest Zeitungen. Wir haben sechs verschiedene Blätter" (RdA, Nr. 50, 11.12.1852, 401).

2 Zu Weitlings Position zur Frage der Regelung geschlechtlicher Beziehungen vgl. Kap. 3.3., 223f.

3 Aus diesem Artikel wurde an anderer Stelle bereits zitiert. Vgl. Kap. 2.5., 165ff. - Wittke zeigt bei der Behandlung dieses Artikels recht deutlich, daß er an einer argumentativen Auseinandersetzung mit Weitlings kommunistischem Programm nicht interessiert ist. Er übersieht vollkommen die Tragweite der dort entwickelten Gedanken und meint sogar, Weitling habe darin alle seine früher vertretenen Positionen zurückgenommen, habe gleichsam endlich die Unmöglichkeit des Kommunismus eingesehen (vgl. Wittke, 274f.). Davon kann keine Rede sein.

schrrieb er, "aber die Marktpreise der Außenwelt dringen uns ihre Standarte auf. Wir können an die Außenwelt nicht theurer verkaufen, als sie, können für die Arbeiten nicht mehr geben, als sie, wenn wir nicht bankerott machen wollen" (RdA, Nr. 26, 24.6.1854, 202). Wahrscheinlich hielt Weitling die Verwirklichung des Kommunismus noch immer für ein Gebot der Vernunft, zog daraus aber nicht den Schluß, daß dies auf dem Wege geduldiger Überzeugung allein zu erreichen war. Die Kommunisten mußten mit dem erbitterten Widerstand der besitzenden und privilegierten Klassen rechnen. Kommunismus bedeutete Klassenkampf.

Ein Klassenkampf, der erst zu einem Ende kommen konnte, wenn der Kommunismus die gesamte Menschheit erfaßt hatte. Bis dahin mußte selbst ein "socialistisch organisirter" Staat mit erheblichen Einschränkungen rechnen. In diesem Zusammenhang maß Weitling dem Aufbau einer wirk-samen militärischen Verteidigung große Bedeutung bei: "Er müßte entweder die Nachbarstaaten seiner Organisation unterwerfen können oder sich so einschränken und einrichten, daß diese ihn duldeten". Ein solcher Staat war aber nicht nur einer militärischen Bedrohung ausgesetzt: "Derselbe könnte seine socialistischen Ausgleichungsmaßregeln nicht auf den ganzen Handel ausdehnen. Er würde sich Transaktionen in der Ausfuhr und Einfuhr unterwerfen müssen, welche einen, nach gerechten, gleichen Grundsätzen geregelten Austausch im Innern stören. Die Eigentumsrechte der Außenwelt würden auf seine innere Organisation mit einwirken und zu störenden Modifikationen Anlaß geben" (RdA, Nr. 26, 24.6.1854, 202).

Weitling verdeutlichte dies am Beispiel Deutschlands, brachte hierbei aber noch einen weiteren Aspekt ins Spiel. Er schätzte, daß die jährliche Auswanderung von über 100.000 kräftigen, jungen Menschen einen "Verlust von drei Millionen Jahren an Pflege und Wartung verlornrer Zeit und zugleich ein(en) Verlust der an diese Menschen gewendeten Kleidungsstücke, Nahrungsmitteln etc." bedeutete und erwartete, daß "eine socialistische oder kommunistische Regierung" dagegen Maßregeln ergreifen würde. "Die bedeutenden Kosten stehender Heere", faßte er zusammen, "einer Flotte, der Bau und die Erhaltung von Festungen, eine Armee von Grenzjägern und Mauthbeamten blieben doch hier auf Seite eines isolirt dastehenden, socialistischen Staates, sowie die dadurch leichter erregte und genährte Unzufriedenheit des Volkes. Nebenher noch die Gefahren eines solchen Zustandes für die jungen Freiheiten und Institutionen des Landes und die stete Aussicht nach Innen und nach Außen mit den angedeuteten ökonomischen Reformen einen Friedensbruch herbeizuführen"

(RdA, Nr. 26, 24.6.1854, 202). Kein Zweifel, die durch den Kommunismus möglichen Vorteile mußten hierdurch erheblich eingeschränkt werden.

Dies galt aber in noch stärkerem Maße für kleine Siedlungen. Denn während im "socialistisch organisirten Staate .. wenigstens jede Regierungsmaßregel und jede Institution Gesetz geworden" sei, "dem man Achtung erzwingen kann", könne in einer "Musterkolonie" jede Maßregel nicht mehr sein als "nur eine zeitweilige, gegenseitige Duldung", die jederzeit von Mitgliedern, Nachbarn oder der Staatsregierung in Frage gestellt werden könne (ebd.).

Um überhaupt Vorteile durch die gemeinschaftliche Arbeit in kleinen Siedlungen zu erzielen, hielt Weitling es für notwendig, sämtliches Eigentum solcher Siedlungen unter dem Namen eines Bevollmächtigten des Arbeiterbundes anzukaufen und durch die Zentralbehörde des Arbeiterbundes Kolonieverwaltungen einsetzen zu lassen, die "auf eine Reihe von Jahren dieselbe Macht in der Kolonie haben" sollten, "als der Präsident der Vereinigten Staaten und die Vertreter der Gesetze sie haben". Nur wenn es gelänge, in den Bundeskolonien eine Autorität zu errichten, die derjenigen vergleichbar war, die das Kapital über die von ihm beschäftigten Arbeiter ausübte, könnten sie bestehen und für ihre Mitglieder Vorteile abwerfen. Weitling hielt dies für möglich, ohne die Freiräume für individuelle Neigungen zu sehr einschränken und sich damit dem abschreckenden Beispiel der meisten religiösen Siedlungen annähern zu müssen. "Einen Kommunismus ohne Bezahlung, ohne die Freiheit einmal nicht zu arbeiten, wenn man dazu nicht geneigt ist, eine gemeinschaftliche Tafel, und gleiche Arbeitszeit für Alle, halte ich inmitten der heutigen Gesellschaft, und selbst in Zukunft nicht für anziehend, und somit auch nicht für praktisch". Auch das Verpachten der Farmen an einzelne Mitglieder bei gleichzeitiger gemeinschaftlicher Nutzung der Arbeitsmaschinen und Häuser schien ihm praktischer als "die kommunistisch betriebene gemeinschaftliche Landwirtschaft". Demgegenüber waren "Mühlen, Store, Maschinerien .. vortheilhafter auf gemeinschaftliche Kosten im concentrirten Geschäftsgange zu betreiben" und vor allem galt es, den gemeinschaftlichen Handel mit allen Produkten der Siedlung zu betreiben sowie "keine Maaßregeln einzuführen, die ihn hindern oder einschränken können" (ebd., 203).

Die Beschäftigung mit dem kommunitarischen Weg der Sozialreform und die hierbei gesammelten Erfahrungen hatten Weitling zu Einsichten und Erkenntnissen geleitet, die bis heute Gültigkeit beanspruchen können. War nicht auch die Sowjetunion nach der Oktoberrevolution mit den

von Weitling genannten Problemen konfrontiert? Und nutzen nicht die USA ganz bewußt die von Weitling befürchtete innere Destabilisierung bei ihrer Unterstützung der Contra in Nicaragua?

Diese Erkenntnisse bewirkten eine Abkehr Weitlings vom kommunitarischen Weg. Er glaubte spätestens jetzt nicht mehr, durch die beispielhafte Demonstration des Kommunismus in kleinen Siedlungen den Kommunismus im großen Maßstab herbeiführen zu können. "Was wir von den Kolonien des Arbeiterbundes gewiß erreichen können", schlußfolgerte er, "das sind Heimstätten für unsere pensionsbedürftigen Mitglieder. Das können sie gewiß werden. Hoffen wir auf nicht mehr" (RdA, Nr. 26, 24.6.1854, 204).

3.4. Streiks und Gewerkschaften

Am Ende des vorangegangenen Kapitels wurde gezeigt, wie Weitling erkannte, daß der Kommunismus nur gegen den Widerstand der besitzenden und privilegierten Klassen durchgesetzt werden konnte. Das von ihm entwickelte Programm, in dem die Forderungen der Landreformer, Ideen einer Währungs- und Bankenreform sowie kommunitarische Strategien aufgehoben waren, stellte daher keine Alternative zum Klassenkampf dar, sondern sollte dessen wirksame Durchführung ermöglichen. Es war ein ausdrücklich klassenkämpferisches Programm.

Diese Feststellung ist wichtig, da in der Forschung das genaue Gegenteil behauptet wird. So schreibt Schlüter, daß Weitlings Anschauungen und Bestrebungen zu einem "Gegensatz zwischen ihm und der Arbeiterschaft" geführt hätten, "deren natürliche Waffen, die Streiks und der Klassenkampf in allen seinen Formen, durchaus andere waren als jene, die Weitling empfahl. (...) Er sah in seiner Gewerbetauschbank und in seinen Kolonien die Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, nicht in der Gewerkschafts- und nicht in der politischen Bewegung" (Schlüter, 88). Schlüter kann diesen Gegensatz zwischen dem "Klassenkampf in allen seinen Formen" und dem Programm Weitlings nur aufbauen, indem er auf eine Auseinandersetzung mit Weitlings Argumentation verzichtet. "Daß bei solchen Anschauungen", schreibt er stattdessen nach einem längeren Weitling-Zitat, "über den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter, über ihr tagtägliches Streben nach Hebung ihrer Lage durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen Weitling in der Masse der Arbeiterschaft keinen

Halt gewinnen konnte, ist klar" (Schlüter, 93).

Möglicherweise bedurfte Schlüters Feststellung im Jahre 1907, als sein Buch erschien, tatsächlich keiner weiteren Begründung, weil sie den damals in der Arbeiterbewegung mehrheitlich vertretenen Auffassungen entsprach. Möglich auch, daß sich in seiner drastischen, abweichende Meinungen von vornherein ausschließenden Formulierung Auseinandersetzungen mit Lassalleschen Positionen, die gewerkschaftliche Kämpfe aufgrund des "ehernen Lohngesetzes" für nutzlos hielten, widerspiegeln. In jedem Falle ist Schlüters Darstellung mittlerweile vollkommen unzureichend. Eine detailliertere Würdigung von Weitlings Position ist erforderlich.

Für Schlüter ist Weitlings Verhältnis zu Streikaktionen und gewerkschaftlicher Organisation das entscheidende Kriterium für die Beurteilung von dessen klassenkämpferischer Orientierung. Im folgenden wird daher Weitlings Haltung zunächst ausführlich dargestellt und auf dieser Grundlage die Berechtigung von Schlüters Vorwürfen geprüft.

Die früheste dokumentierte Teilnahme Weitlings an einem Streik erfolgte im Sommer 1840 in Paris. Ein vermutlich von ihm verfaßtes Schreiben an die Schneidergesellen in Magdeburg, worin diese um Unterstützung für die streikenden Schneider in Paris gebeten wurden, gab für die Antwort seine Adresse an (vgl. BdK I, 126)¹. Auch an der Einrichtung einer Gemeinschaftsküche für die durch die Auseinandersetzung arbeitslos gewordenen Schneider war er aktiv beteiligt (vgl. Gerechtigkeit, 165)². Der Streik richtete sich vornehmlich gegen die geplante Einführung von Arbeitsbüchern für die Schneidergesellen, in Verbindung damit aber auch gegen eine von den Meistern betriebene Lohnsenkung (vgl. BdK I, 123ff., 1001).

Trotz seiner rückhaltlosen Unterstützung für den Arbeitskampf der Schneider maß Weitling dem Streik als Kampfmittel innerhalb seiner Lehre keine besondere Bedeutung bei. Es gibt aus jener frühen Zeit von ihm keine grundsätzlichen Äußerungen zu diesem Thema, die Gründe für seine Geringschätzung können daher nur vermutet werden. Das Fehlen jeglicher

1 Ahlrich Meyer hat sich in seinem Beitrag für das Kolloquium "Sozialismus und beginnende Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa" in Berlin (DDR) am 24./25. März 1988 ausführlich mit diesem Streik beschäftigt und darauf hingewiesen, daß es sich bei der von Weitling fehlerhaft angegebenen Anschrift wahrscheinlich um die Adresse des leitenden Streikkomitees handelt. - Vgl. Ahlrich Meyer: Die "coalition des tailleurs" und die Massenstreiks des Jahres 1940 in Paris, in: Walter Schmidt/Gustav Seeber (Hrsg.): Sozialismus und frühe Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1989, 116-133.

2 Vgl. BdK I, 1001f.

Erörterung in seinen Schriften deutet aber darauf hin, daß er mit seiner Einschätzung nicht allein stand. Offenbar wurden Streiks als reine Abwehrmaßnahmen angesehen, mit denen nur begrenzte Ziele erreicht werden konnten, während Weitling in seinen Schriften gerade nachgewiesen hatte, daß eine dauerhafte Verbesserung der Lage der Arbeiter nur durch eine grundlegende Veränderung des Gesellschaftssystems erreichbar war. Arbeitskämpfe, bei denen es um vergleichsweise geringfügige Verbesserungen in einzelnen Gewerben ging, konnten womöglich von diesem großen Ziel ablenken und eine Zersplitterung der Kräfte bewirken. Dies hinderte Weitling allerdings nicht daran, im Streik befindliche Arbeiter nach Kräften zu unterstützen und die entfachte Mobilisierung für die Propaganda des Kommunismus zu nutzen. Die für die streikenden Schneider eingerichtete Gemeinschaftsküche muß so verstanden werden: Sie bot zum einen ganz praktische Unterstützung, nämlich billiges und gutes Essen, demonstrierte dabei aber zugleich auch die Vorteile der Gemeinschaft.

Natürlich ist dies - in Ermangelung entsprechender Quellen - zunächst eine reine Vermutung, die aber insofern plausibel erscheint, als Weitling etwa ein Jahr später bei seinem Vorschlag für die Einrichtung von Vereinswirtschaften ähnlich argumentierte und neben den materiellen auch auf die moralischen Vorteile verwies. "Um zu leben, muß man essen", erklärte er, "und um gut und billig zu essen, muß man vereint essen. Nichts wirkt aber kräftiger auf die sittliche Bildung der Vereinsmitglieder als die gemeinschaftliche Bestreitung eines Theils der materiellen Bedürfnisse, die Verwebung der Interessen der Einzelnen in das Interesse Aller" (Hülferuf, Sept. 1841, 15).

Grundsätzlicher befaßte sich Weitling mit dem Kampfmittel des Streiks erst in Amerika. Eine Passage in der dritten Auflage der Garantien verdeutlicht, daß er mittlerweile eine differenziertere Sichtweise von Protestaktionen entwickelt hatte: Während er in der ersten Auflage noch die Leipziger Septemberunruhen von 1830 als ein Beispiel dafür schilderte, wie schlecht das Volk sich ihm bietende günstige Gelegenheiten zu nutzen verstehe (vgl. Garantien [1955], 278ff.), griff er nunmehr auf Louis Blancs Darstellung des Aufstandes der Seidenweber von Lyon im Jahre 1831 zurück. "Welchen famosen Sieg da die Arbeiter erfochten hatten, und wie schlecht sie ihn zu benutzen verstanden! Es läuft einem dabei die Galle über vor Zorn über des Volkes Dummheit", rief er aus (ebd., 365). Offensichtlich maß er der sozialen Zusammensetzung von Protestaktionen und dem sozialen Gehalt der dabei erhobenen Forderungen inzwischen

eine größere Bedeutung bei als noch sieben Jahre zuvor. Dies um so mehr in Amerika, wo die früher erhobenen politisch-demokratischen Forderungen als weitgehend erfüllt gelten konnten und nur über die Mobilisierung der Arbeiter auf der Grundlage ökonomisch-sozialer Forderungen noch eine grundlegende Gesellschaftsveränderung zu erhoffen war.

Vor diesem Hintergrund wäre es kaum zu erwarten, daß Weitling Streiks ablehnend gegenübertrat. Und er tat es auch nicht. Wohl sparte er nicht mit Kritik und wies immer wieder darauf hin, daß dem durch Streiks Erreichbaren enge Grenzen gezogen waren, ja, sogar den allgemeinen Zielen der Arbeiterbewegung durch vereinzelte Streiks entgegengewirkt werden konnte. Er sah aber auch positive Resultate. So schrieb er, daß von den Gewerben in New York zuerst die Tischler die von der Republik der Arbeiter angefachte Bewegung mit Enthusiasmus aufgefaßt und "auf das früher oft nutzlos versuchte Ausstehen" geleitet hätten. "Aber das Ausstehen", fuhr er fort, "wurde dieses Mal bei den deutschen Tischlern nicht, wie früher, als alleiniges und durchführbares, probates Hilfsmittel betrachtet, sondern nur als eine vortheilhafte Benutzung der Gelegenheit. Das höhere Princip der Macht der Vereinigung aller Arbeitskräfte, das sociale Princip waltete dabei schon vor". Zahlreiche andere Gewerbe seien diesem Beispiel gefolgt, so daß man annehmen könne, "daß bis jetzt so ziemlich alle Gewerbe und darin ein Theil der Arbeiter aller Nationen an der Bewegung Theil genommen haben" (RdA, Juli 1850, 102). Gegen einen Streik als vortheilhaftes Ausnutzen einer günstigen Situation hatte Weitling demnach nichts einzuwenden, sofern dabei nicht die weiterreichenden Ziele vergessen wurden.

Die von Weitling formulierte Ansicht, der Beginn der Streikbewegung sei auf das Erscheinen der Republik der Arbeiter zurückzuführen (vgl. ebd.), ist zu Recht auf Widerspruch gestoßen. Auch Schlüter bezeichnet diese Ansicht als "eine irrthümliche", hält es aber für "erklärlich, daß eine ganze Anzahl der neu gegründeten Organisationen, die zudem nur recht lose zusammenhingen und durchaus nicht mit den späteren fest organisierten Gewerkschaften auf eine Stufe zu stellen sind, sich anfänglich mit den Prinzipien des einzigen deutschen Arbeiterblattes, das ihnen zugänglich war, einverstanden erklärten" (Schlüter, 80). Dies klingt nun allerdings fast so, als hätte die Republik der Arbeiter ihre Bedeutung nicht wegen, sondern trotz des von ihr vertretenen Programms erlangt. Während Weitling seinen Einfluß offenkundig überschätzte, neigt Schlüter demnach zum anderen Extrem, die Entwicklung der Arbeiterbewegung als weitestgehend

unabhängig von Weitlings Zeitung anzusehen. Belege hierfür bringt er nicht, seine Position ist von daher nicht überzeugender als diejenige Weitlings.

Es ist immerhin denkbar, daß das Erscheinen einer Zeitung wie der Republik der Arbeiter den Zündfunken darstellen kann, der eine schwelende Unzufriedenheit in kämpferische Aktionen umschlagen läßt. Inwieweit der Republik der Arbeiter tatsächlich eine solche Initialfunktion zukam oder ob sich die Streikbewegung vielmehr auch ohne sie im gleichen Maße entwickelt hätte, muß aber vorläufig offen bleiben. Vermutlich läßt sich diese Frage nach der Bedeutung der Republik der Arbeiter für den Organisationsprozeß der Arbeiterbewegung ohnehin nicht restlos und eindeutig klären, da zu wenig von ihr unabhängige Quellen überliefert sind, die eine solche Einschätzung erlauben würden. Der historischen Erkenntnis ist mit einer solchen Markierung einer offenen Frage aber allemal mehr gedient als mit der rein spekulativen Behauptung Schlüters.

Während also doch angenommen werden kann, daß die Republik der Arbeiter, aufgrund ihrer klaren Formulierung proletarischer Interessen, die Arbeiter zu Streikaktionen ermutigte, läßt sich hingegen ausschließen, daß sie bei der Organisation dieser Streiks eine wesentliche Rolle spielte. Allein wegen ihrer monatlichen Erscheinungsweise war sie hierzu gar nicht instande. Vielmehr versuchte Weitling durch sein persönliches Auftreten Einfluß auszuüben und äußerte sich in seiner Zeitung zumeist nur nachträglich kommentierend. Lediglich der Streik der Schneider im Sommer 1850 bot aufgrund seiner Dauer die Möglichkeit, auch über die Republik der Arbeiter Einfluß zu nehmen (vgl. Kap. 2.3., 77ff.).

In seinem ersten Artikel zu diesem Streik wies Weitling noch einmal auf die begrenzten Möglichkeiten von Streikaktionen hin. Die anglo-amerikanischen Schneider hatten demnach "zunächst die einfache Begeisterungsform des Ausstehens und der Lohnerhöhung" angewandt, weil sie - im Unterschied zu den Deutschen - "kein Organ hatten, das sie nach bestimmten Associationsgrundsätzen sammeln und organisieren konnte" (RdA, Aug. 1850, 126). Als einen ersten Schritt hin zu einer dauerhaften Organisation, so jedenfalls kann diese Äußerung verstanden werden, hielt Weitling also Streiks für durchaus begrüßenswert. Eine solche Organisation mußte dann aber auf eine solidere Grundlage in Form von klaren Grundsätzen gestellt werden. Um den Streik der Schneider in diese Richtung zu lenken, propagierte er daher die Verteilung von Aufnahmebüchern des "Geschäftsbundes der 'Republik der Arbeiter'", als dessen Zweck

die Verwirklichung der in der Republik der Arbeiter enthaltenen Grundsätze angeben und dessen Mittel in Propaganda-, Assoziations- und politische sowie Widerstands-, Einheits- und moralische Mittel unterteilt wurden (RdA, Aug. 1850, 126f.). Als eines der Widerstandsmittel wurde ausdrücklich der Streik benannt: "Allgemeine systematische und geheime Organisation des Ausstehens, ausgeführt auf Befehl der geheimen Centralverwaltung, so bald das Interesse der Arbeit dieß erfordert und die Umstände dieß möglich machen". Neben einem geheimen Zentralkomitee, das, ohne Unterschied der Sprachen, für die gesamte amerikanische Arbeiterbewegung zuständig sein sollte, sah Weitling außerdem noch ein öffentliches Komitee für jede besondere Sprache vor (ebd., 127).

Weitlings Ausführungen zum Streik der Schneider machen deutlich, daß er den Streik nicht als Alternative, sondern als Vorstufe zur Organisation in Assoziationen begriff. Über eine Tauschbank zusammengefaßte Assoziationen konnten der kapitalistischen Gesellschaft eine Alternative entgegensetzen und so die Lage der Arbeiter dauerhaft verbessern, während durch Streiks allenfalls vorübergehende Erfolge möglich waren. Immerhin aber stellten Streiks ein Mittel dar, breite Massen von Arbeitern zu mobilisieren und mit den kommunistischen Prinzipien bekannt zu machen. Weitling beschrieb die "große, .. wild aufgeregte Masse" von Schneidern, die zu einer Streikversammlung gekommen waren und von denen ein großer Teil noch nie in Vereinen oder Versammlungen gewesen war und auch nichts vom Kommunismus wußte. "Vor dieser Masse stand unter andern auch Weitling", fuhr er, von sich selbst in der dritten Person erzählend, fort, "und stellte ihr vor, daß er sie nicht zum Ausstehen aufgefordert habe, daß aber nun, nachdem der Schritt geschehen sei, Alles aufgeboten werden müsse, um eine Niederlage zu verhüten. Darum möge man die Zeit des Ausstandes zur Gründung einer Schneider-Gesellschaft benutzen und sich für die Grundsätze der Association erklären. Auch das Ausstehen sei ein gutes Mittel zum Zwecke zu gelangen. Aber es sei erst wirksam, wenn wir alle einer großen Association mit entsprechender Kasse gehören". Mehr als 2000 Schneider konnte er so zum sofortigen Beitritt bewegen (RdA, Sept. 1850, 137).

Aber nicht nur bei den Schneidern, auch in anderen Gewerben kam es in der Folge zur Gründung neuer oder Stärkung bereits bestehender Assoziationen, in manchen Städten wurden Massenversammlungen abgehalten und "in der ganzen Union von Neuem die arbeitende Bevölkerung zum Nachdenken über unsre Lage gebracht" (RdA, Sept. 1850,

139). Weitling konnte das Resultat des Streiks daher als insgesamt erfreulich ansehen, ohne den ursprünglichen Anlaß, die Durchsetzung einer einheitlichen Preisliste für Schneiderarbeiten (vgl. Degler, 29), überhaupt zu erwähnen. Ausdrücklich auch nahm er die Schneider Vorwürfen gegenüber in Schutz, die ihnen die Verantwortung für gewalttätige Ausschreitungen auferlegen wollten (vgl. RdA, Sept. 1850, 137f.). In einer in der New York Daily Tribune am 26. Juli 1850 veröffentlichten Erklärung der Zentralkommission der vereinigten Gewerbe, an deren Abfassung Weitling sicherlich maßgeblich beteiligt gewesen war, wurde ausdrücklich gegen die brutale Vorgehensweise der Polizei protestiert und die Verwunderung der deutschen Arbeiter geäußert, die nicht erwartet hatten, in diesem "freien Land" eine "russische Polizei" vorzufinden¹.

Weitlings Behandlung des Schneiderstreiks zeigt eine grundsätzliche Sympathie für alle von den Arbeitern ausgehenden Aktionen, mit denen diese eine Verbesserung ihrer Lage erreichen wollten. Er machte keinen Hehl daraus, daß er den Streik für eine vergleichsweise primitive Kampfform hielt, mit der nur begrenzte Ziele erreicht werden konnten, sah aber auch die Möglichkeit, die durch einen Streik entfachte Mobilisierung zur Errichtung festerer und dauerhafter Organisationen zu nutzen. Zweifellos spielte es für seine positive Bewertung des Schneiderstreiks eine erhebliche Rolle, daß dieser Arbeitskampf die Grenzen des Gewerbes sprengte und es zu Solidaritätsaktionen anderer Gewerbe wie auch zu Unterstützung aus anderen Städten kam.

Ein Streik von Möbeltischlern, der im Dezember 1851 in Cincinnati durchgeführt wurde, nahm dagegen einen ganz anderen Verlauf. Hier hatten sich im vorangegangenen Jahr einige Schreiner zu einem Unterstützungsverein zusammengetan, der jedoch ein von der übrigen Arbeiterbewegung recht isoliertes Dasein führte. Als nun in einer großen Möbelfabrik den Arbeitern eine zehnpromzentige Lohnkürzung angekündigt wurde, kam es zum Streik, dem sich noch Arbeiter aus einer anderen Fabrik anschlossen. Die Erfolgsaussichten waren jedoch sehr gering und Weitling machte unter anderem die von den Gründern des Tischlervereins bewußt betriebene Isolation von der übrigen Arbeiterbewegung hierfür verantwortlich:

1 "We especially protest with all the power of a revolted feeling against the brutality and insolence with which many of our Policemen have conducted themselves in the numerous arrests which have been made", hieß es in der Erklärung. "We did not expect to find in this free country a Russian Police, nor do we believe that the people will sustain these officials in their evident abuse of power" (Doc. Hist., Vol. VIII, 298).

"Warum überhaupt", hielt er den Arbeitern vor, "wollen sie keinen Versuch machen, den alten Zopf des Separatismus und des Mißtrauens abzuschneiden, bei dem sie stets von den Spekulanten, den Arbeitgebern und Polizisten erwischt werden, wenn sie den Schuh erweitern wollen, der sie drückt? Man hat doch tausendfach Beispiele, daß das Ausstehen nichts nützt, wenn es nicht nach einer vorhergegangenen Organisation, nicht allein in einer Stadt, sondern in allen Städten, nicht allein in einem Gewerbe, sondern in allen Gewerben, nicht allein mit Deutschen, sondern mit allen Arbeitern unternommen wird. Warum denn immer von Neuem der Welt das Beispiel geben, daß man in der Anwendung der Widerstandsmittel gegen die niedrigen Arbeitslöhne in Unkenntniß oder eigensinnig geblieben ist? Und meint man denn eine Organisation aller Gewerbe wie die unsrige und über 30 Städte in Einheit verbreitet, macht sich nur so von selbst und könne zu jeder Zeit und von Jedwedem mit Erfolg unternommen werden?" (RdA, Nr. 36, 20.12.1851, 286).

Eine gewerbeübergreifende Organisation war für Weitling eine wesentliche Bedingung für die erfolgreiche Durchführung eines Streiks. Er konnte sich keine bessere Organisationsform denken als den Arbeiterbund und propagierte ihn daher auch bei dieser Gelegenheit. Im gleichen Zusammenhang warnte er bemerkenswerterweise vor den Landreformern, deren Ideen er ja grundsätzlich aufgeschlossen gegenüberstand, die er aber, wie nun deutlich wurde, für die Organisation eines Arbeitskampfes für gänzlich ungeeignet hielt. "Der Präsident", berichtete er über die Streikversammlung, "sprach das gewöhnliche Gebet über die unglückliche Lage der arbeitenden Klasse und schleppte am Schlusse seiner Rede als einzig praktisches Hilfsmittel den langweiligen Stimmkasten in die Zwecke der Versammlung mit herein. Diese bemoosten Landreformer sollte man mit Vorsicht als Sprecher in solchen Gewerbe-Versammlungen wählen. Drei solcher Leute hinter einander zu Worte kommend, schwatzen die ganze Zeit mit der Ballotbox weg, die uns im Augenblicke zur Benutzung gar nicht vorliegt, und versperren so alle praktischen Vorschläge" (RdA, Nr. 36, 20.12.1851).

Weitlings Vorschläge beschränkten sich nicht auf die Forderung, dem Arbeiterbund beizutreten. Er schlug den Tischlern einige Maßnahmen zur festeren Organisation ihres Streiks vor, wie etwa die Zahlung regelmäßiger Beiträge in eine allgemeine Kasse, die Einrichtung eines "Nothshops" etc., deren Durchführung er allerdings als Bedingung für

eine Unterstützung durch den Arbeiterbund formulierte. Er hielt es für möglich, wenn auch schwierig, den Streik erfolgreich durchzustehen, wollte den Tischlern aber auch keinen Vorwurf machen, wenn sie wieder in ihre Fabriken zurückkehrten. In jedem Fall aber sollten sie sich so schnell wie möglich dem Arbeiterbund anschließen (RdA, Nr. 36, 20.12.1851, 287).

Die durch Streiks angestrebten Ziele, wie Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen, hielt Weitling für alles andere als nebensächlich. Sie schienen ihm bloß nicht anders erreichbar als über eine grundlegende Sozialreform. In sehr konzentrierter Weise formulierte er dies in den Artikeln 135 und 136 der Konstitution des Arbeiterbundes, in denen die Bildung von Gewerbeordnungen beschrieben wurde: "Sobald die materiellen Kräfte des Bundes gewachsen und einige Gewerbe im Bunde stark vertreten sind, werden Gewerbeordnungen gebildet und Maaßregeln genommen gegen die schlechten Arbeitspreise, welchen Maaßregeln dann sich alle Bundesmitglieder zu fügen haben. .. Bis dahin haben alle Bundesmitglieder die Weisung sich bei keinem Ausstandsversuch und bei keiner unserem Bunde fremden Organisation freiwillig zu betheiligen" (RdA, Nr. 14, 3.4.1852, 110). Eine ganz ähnliche Position vertrat August Willich. "Hier in England", berichtete dieser in einer Korrespondenz aus London, "haben die Arbeiter durch das Unterliegen der Eisenarbeiter im Kampfe mit ihren Fabrikherren eine große Lehre erhalten, daß nämlich kein Arbeiterzweig für sich eine Besserung erlangen und den Kampf mit dem Kapital aufnehmen kann, daß eben so wenig einzelne Verbesserungen, als Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung etc. durchführbar sind, so lange nicht die Arbeiter als Klasse die politische Macht in ihrem Interesse verwenden können, und dadurch die Productionsweise im Ganzen organisiren können" (RdA, Nr. 20, 15.5.1852, 154).

Besonders kritisch äußerte sich Weitling zu derartigen isolierten Streiks, wenn sie in Gewerben erfolgten, die ohnehin schon zu den besser bezahlten gehörten. So bezeichnete er die New Yorker Schiffbauer, die ihren Tageslohn auf 2 1/2 Dollar heraufsetzen wollten, als "die größten Egoisten, welche man sich an der Grenze des Proletariats nur denken kann", und fuhr fort: "Sie kümmern sich nicht um das Elend und die fortlaufende Lohnerniedrigung der Arbeiter anderer Geschäftszweige, welche mehr mit Arbeitern überfluthet werden können als ihr, hier in Amerika stets wachsendes, Geschäft der Schiffbauerei" (RdA, Nr. 52, 25.12.1852, 411).

Eine allgemeine Verteuerung vor allem der Mieten und der Nahrungsmittel führte im Frühjahr 1853 zu einer Streikwelle, die Weitling

zu seinen ausführlichsten und grundsätzlichen Ausführungen über dieses Thema veranlaßte. Schlüter stützte seine Einschätzung von Weitlings Verhältnis zu Streiks und Gewerkschaften nahezu ausschließlich auf diese Artikel und zitierte sie, mit einigen Auslassungen, ausführlich, in der Überzeugung, sie sprächen für sich (vgl. Schlüter, 89ff.).

Weitling ging zunächst auf die Preissteigerungen ein, die die arbeitenden Klassen "wieder in die alten Irrthümer des Ausstandes von der Arbeit" hatten fallen lassen (RdA, Nr. 11, 12.3.1853, 83)¹. Er wies darauf hin, daß aus dem gleichen Anlaß auch die Hausbesitzer und Kapitalisten höhere Mieten bzw. Zinsen fordern könnten und dabei auch noch bessere Chancen hätten, ihre Forderungen durchzusetzen. Überhaupt sei der eigentliche Ursprung der Preissteigerungen hier zu finden: "Die jetzige Vertheuerung der Lebensmittel und zunächst mit ihr fast aller Produkte, so wie die Erhöhung der Renten, entstand zuerst und entsteht in ihren Entwicklungen stets aus der Koalition einiger Spekulanten, welche die Begierde, schnell reich zu werden, zu immer neuen Kniffen und Ränken anregt" (ebd.)². In Amerika nähmen derartige Spekulationsmanöver besonders unverschämte und freche Formen an, da es hier, im Unterschied zu Europa, keine Gesetze dagegen geben würde.

Die Arbeiter konnten sich demgegenüber mit dem Streik nur auf ein vergleichsweise schwaches Mittel stützen, um Lohnerhöhungen durchzusetzen, wobei die Erfolgsaussichten in denjenigen Gewerben, die ohnehin schon ein höheres Lohnniveau hatten, noch die besten waren. Dies brachte Weitling auf das schon wiederholt aufgeworfene Problem isolierter, auf einzelne Gewerbe beschränkter Streiks. "Können die Arbeiter", fragte er, "welche einen Lohn für unzureichend halten, den Andere nicht einmal in dieser Höhe erhalten, von diesen Sympathie mit ihren Forderungen erwarten? Können Schneider, Schuhmacher und Tischler sich zufrieden erklären, wenn Farmer, Müller, Spekulanten und Bäcker, um ihre Verdienste und Löhne zu erhöhen, die Getreide- und Brodpreise in die Höhe treiben? (...) Wenn es den besser bezahlten Arbeitsklassen fortwährend gelänge, ihre Löhne in die Höhe zu treiben, welche Hoffnung bliebe da den schlechter bezahlten Arbeitsklassen auf ein künftig möglich werdendes allgemeines Streben nach Beßerung auf ein möglich werdendes Zusammenwirken aller Arbeitskräfte für radikale Maaßregeln im Interesse der arbeitenden

1 Vgl. Schlüter, 89, wo die zitierten Worte noch besonders hervorgehoben werden.

2 Bei Schlüter nicht zitiert.

Klassen überhaupt?" (RdA, Nr. 11, 12.3.1853, 84)¹.

Hier werden Weitlings Befürchtungen noch einmal besonders deutlich: In den auf Lohnerhöhungen abzielenden Streiks sah er einen auf das jeweilige Gewerbe beschränkten Egoismus sich ausbreiten, der die Aussichten für eine radikale Sozialreform und damit für eine grundlegende Verbesserung der Lage aller Arbeiter nachhaltig schwächen mußte. Selbst erfolgreich durchgestandene Streiks konnten so auf lange Sicht mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften. Die Spaltung der Einheit der Arbeiterbewegung war Weitling ein entschieden zu hoher Preis für Lohnerhöhungen in einzelnen Gewerben, die zudem noch von den Kapitalisten auf die Preise abgewälzt werden konnten und von daher nur ein vorübergehendes Zugeständnis darstellten. Die Vernachlässigung der gemeinsamen Interessen aller Arbeiter zugunsten der Interessen einzelner Gewerbe mußte langfristig die "an Zahl geringen Ausbeuter den Arbeitern gegenüber stark" machen. "Das Geld und Eigenthum, das sie besitzen, macht sie schon stark, aber die Uneinigkeit der Arbeiter und ihr Mißtrauen machen es noch viel mehr" (RdA, Nr. 11, 12.3.1853)².

Weitlings kritische Bemerkungen zum Streik der New Yorker Zimmerleute, die Schlüter als vermeintlich stärksten Beleg für dessen streikfeindliche Haltung zitiert (vgl. Schlüter, 93), müssen vor diesem Hintergrund verstanden werden. Die Zimmerleute hatten sich ihr verhältnismäßig hohes Lohnniveau von etwa 2 Dollar täglich nicht zuletzt dadurch erhalten können, daß sie ihr Gewerbe gegen den Zuwachs durch deutsche Arbeitskräfte abschotteten. Es bestand also sogar innerhalb dieses Arbeitszweiges bereits eine Konkurrenz unter den Arbeitern, die aus der unterschiedlichen ethnischen Herkunft resultierte³. Daß diese Zimmerleute nun für eine Erhöhung ihres Lohnes in den Streik getreten waren, veranlaßte Weitling zu scharfen Worten: "Es wird Einem ordentlich wabbelich ums Herz bei solch erschrecklich elenden Lohnverhältnissen der armen, bedauernswerthen Zimmerleute, welche verzweifeln müßten, wenn ihnen die ganz auf den Hund kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Nadel nicht wenigstens sehr billige Kleider zu liefern gezwungen wären, wenn sie sonst so klug sind, den Juden nicht jeden geforderten Preis zu bezahlen". Er empfahl den Schneidern und Näherinnen, sich "zu Tausenden"

1 Vgl. Schlüter, 91.

2 Bei Schlüter nicht zitiert.

3 Auch dieser Sachverhalt wird von Schlüter ignoriert.

in der Zimmermannsversammlung einzufinden und ihnen "die Hand zum Bunde und zur gemeinschaftlichen Besserung Eurer Lage" zu reichen. Sie sollten sich dem Streik mit der Forderung nach einem für alle Schneider und Zimmerleute gleichen Lohn von 2 1/4 Dollar pro Tag anschließen. "Herr Jemine, wie würden diese Ausstands- und Aufopferungshelden die Flügel hängen lassen, welche Sprache würden sie führen, welche Auswege suchen, um von solcher ihren egoistischen Zwecken gefährlichen Vereinigung loszukommen" (RdA, Nr. 12, 19.3.1853, 93).

Die Mobilisierung egoistischer Motive konnte den Zielen der Arbeiterbewegung nicht dienlich sein. Da Weitling die Verbesserung der Lage aller Arbeiter anstrebte, erwartete er von den besser verdienenden Gewerben Aufopferung für die unter drückenderen Verhältnissen lebenden Arbeiter. Die alle gewerblichen, ethnischen und sonstigen Barrieren übergreifende Einheit der Arbeiterbewegung war die wichtigste Bedingung, um dem Kapital mit einiger Aussicht auf Erfolg entgegentreten zu können. War dies gewährleistet, so mochte allerdings auch ein Streik Fortschritte bewirken können: "Ja, wenn eine Masse von Arbeitern das ihnen unaufhörlich widerfahrene Unrecht zu heller Verzweiflung in ihrer Brust aufkochen fühlten und diese Masse dann durch außergewöhnliche Sympathie erzwingende Beispiele die Massen mit fortzissen in irgend eine Maaßregel des Widerstandes, dann möchte auch der Ausstand von der Arbeit eine Lection den Reichen und Müßiggängern werden, aber nicht der partielle Ausstand, sondern der Ausstand aller Arbeiter ohne Unterschied, also das völlige Aufhören aller Arbeiten und Beschäftigungen. Das aber wäre fast gleichbedeutend mit Revolution, mit Raub, Mord und Terrorismus". Wenn die Arbeiter allerdings nicht wußten, wie sie die ihnen auf diese Weise in die Hände gegebene Macht nutzen sollten, so konnte eine solche Aktion ihre Lage auch nachhaltig verschlechtern. "Aber", räumte Weitling daher ein, "wenn in solchen Fällen keine höhere Idee der Socialreform mit praktischen, augenblicklich bessernden Maaßregeln an die Spitze der Bewegung dringen kann, so ist abermals ein solches Blutbad selbst nur der Vorläufer zu einem Zustande des Malthusianismus, zu einem Zustande, nämlich in welchem die arbeitenden Klassen durch die perfidesten und schauderhaftesten Maaßregeln nach und nach von der Geburt an schon für ihre ganze Lebenszeit und für alle folgenden Generationen zum Viehe

der Müßiggänger gestempelt werden" (RdA, Nr. 11, 12.3.1853, 84)¹.

Weitlings Einwände fanden offensichtlich wenig Gehör, von einem Abebben der Streikwelle konnte keine Rede sein. Die Republik der Arbeiter, die nach Weitlings Abreise im März 1853 für den Rest des Jahres von Leopold Alberti redigiert wurde, richtete unter der Überschrift "Wochenübersicht der Arbeiterbewegung" eine eigene Rubrik ein, in der über die zahllosen Streiks berichtet wurde². Wenn diese Berichte auch nicht in allen Einzelheiten als Ausdruck von Weitlings Position angesehen werden dürfen, so kann doch davon ausgegangen werden, daß die Einrichtung der Rubrik insgesamt seine Billigung fand. Verschiedene Dokumente belegen, daß er auch auf Reisen die Republik der Arbeiter aufmerksam las und zumindest auf die Gestaltung des Anzeigenteils Einfluß nahm (vgl. WWP, Dok. 132 u. 128)³. Wäre er mit der regelmäßigen Berichterstattung über Arbeiterstreiks nicht einverstanden gewesen, hätte er zweifellos entsprechend reagiert. Sie kann daher als ein weiterer Beleg gegen Schlüters Auffassung angesehen werden, Weitling habe dem Streben der Arbeiter nach Lohnerhöhungen "durchaus kein Verständnis" entgegengebracht (Schlüter, 88). Wäre dem tatsächlich so gewesen, hätte Weitling die Streiks des Jahres 1853 vermutlich vollständig ignoriert.

Die ausführliche Berichterstattung zeigt vielmehr, daß er Streiks als eine Tatsache nahm, an der er zunächst nichts ändern konnte. Zugleich kann sie auch als Versuch verstanden werden, auf die Streikbewegung Einfluß zu nehmen: Indem die auf einzelne Gewerbe beschränkten Arbeitskämpfe in der Republik der Arbeiter als Ausdruck einer einheitlichen Arbeiterbewegung dargestellt wurden, konnte die Isolation der jeweiligen Streiks zumindest ein Stück weit überwunden werden. Damit die Arbeiter verschiedener Gewerbe sich als einer Arbeiterbewegung zugehörig empfinden konnten, war es notwendig, daß sie voneinander wußten und von den

-
- 1 Vgl. Schlüter, 92, wo der zuletzt zitierte Satz allerdings weggelassen wurde. - Eine andere Situation, die Streikmaßnahmen rechtfertigen konnte, hatte Weitling zweieinhalb Jahre zuvor im Rahmen seiner Erläuterungen zur Tauschbank beschrieben. Nachdem durch die Tauschbankoperationen zunächst dem Kapital und dem Handel die Absatz- und Spekulationsquellen entzogen worden waren, sollten demnach "durch theilweises systematisches Ausstehen die großen Manufakturen und Fabriken vollends zur Uebergabe gezwungen" werden (RdA, Okt. 1850, 153). Dies deutet darauf hin, daß Weitling zum einen die Grenzen der Tauschbank, zum anderen den Streik als die dem Fabrikssystem und dem industriellen Kapitalismus angemessene Kampfform der Arbeiter erkannte.
- 2 Vgl. RdA, Nr. 16, 16.4.1853, 121f. sowie die darauf folgenden Ausgaben.
- 3 Vgl. auch RdA, Nr. 26, 11.10.1851, 207, wo Weitling in einer Korrespondenz den in der Republik der Arbeiter veröffentlichten Berichten über Ereignisse in Kuba widersprach.

Auseinandersetzungen in den jeweils anderen Gewerben Notiz nahmen. Diese Informationsaufgabe versuchte die Republik der Arbeiter zu übernehmen. Die Streik-Berichterstattung stellt demnach die praktische Umsetzung von Weitlings Forderung dar, einmal begonnene Streiks und "die dadurch angefachte Rührigkeit zu einer festen Organisation zu benutzen" (RdA, Nr. 11, 12.3.1853, 84).

Es müßte nunmehr deutlich geworden sein, daß von einer "feindlichen" Einstellung Weitlings gegenüber Streiks und anderen Arbeitskämpfen keine Rede sein kann. Diese im wesentlichen auf Schlüter zurückgehende Einschätzung hat sich bis heute hartnäckig gehalten, obwohl sie dort nicht im geringsten argumentativ abgesichert ist. Offenbar sah Schlüter sich aufgrund zeitgenössischer Kontroversen genötigt, Streiks und Lohnkämpfe überall in der Geschichte gegen andere Auffassungen zu verteidigen, ohne sich um die jeweiligen spezifischen Bedingungen zu kümmern, unter denen diese Kämpfe erfolgten. Dabei ignorierte er auch vollständig Weitlings differenzierte Argumentation und gestattete nicht einmal die Frage, ob dessen Position unter den damaligen Bedingungen möglicherweise eine größere Berechtigung zukam als zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

So entging ihm weiterhin, daß sich Weitling bei seiner Beschäftigung mit dem Streik auch mit dem Problem des Verhältnisses von Partei und Klasse auseinandersetzte. Weitling sah, daß die Arbeiterbewegung massenhaft eine andere als die von ihm propagierte Richtung einschlug und war gezwungen, auf diese Situation in einer Weise zu reagieren, die zum einen mit den von ihm vertretenen kommunistischen Prinzipien vereinbar war, zum anderen aber auch die von den Arbeitern geführten Lohnkämpfe zunächst so weit unterstützte, daß er überhaupt noch damit rechnen konnte, bei ihnen Gehör zu finden. Er war sich darüber im klaren, daß ein doktrinäres, kompromißloses Auftreten ihn ein für allemal jeglichen Einflusses auf die Arbeiterbewegung berauben konnte.

Deutlich wird dies in seinen Bemerkungen über die Arbeiterbewegung in England, die er im Juni 1854 schrieb und in denen er zum letzten Mal auf das Problem des Streiks einging. Die englische Arbeiterbewegung schien sich in Richtung des von ihm propagierten Arbeiterbundes entwickeln zu wollen. Sehr ausführlich setzte sich Weitling daher mit den Plänen für ein "Arbeiterparlament" auseinander, wobei er erkannte, daß manche Bestimmung offenbar mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Massen formuliert worden war: "Aber wie wir in Amerika im Jahre 1850, so haben

auch in diesem Jahre die Führer der englischen Arbeiterbewegung mit der beliebt und populär gewordenen Maaßregel des Ausstehens zu kämpfen gehabt. Man liest es vielen Maaßregeln des englischen Arbeiterparlaments durch die Zeilen, daß die Führer damit nicht einverstanden sind, daß sie sich aber nicht mit Gewalt dagegen stemmen können, und laviren müssen, bis sich ihnen eine günstige Gelegenheit bietet, denselben für immer auszuweichen" (RdA, Nr. 23, 3.6.1854, 179).

Wenn die Führer der Arbeiterbewegung und die Masse der Arbeiter hinsichtlich der angemessensten und aussichtsreichsten Aktionsformen zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen, so mag hierfür gleichermaßen eine Realitätsferne der Führer wie auch ein bei ihnen vorhandener Wissens- und Erkenntnisvorsprung verantwortlich sein, der sie die Begrenztheit bestimmter Widerstandsformen eher erkennen läßt. Bei seinem Urteil über Weitling entscheidet sich Schlüter für die erste Möglichkeit, obwohl zahlreiche Äußerungen Weitlings das genaue Gegenteil demonstrieren. Mit keinem Wort geht er auf die Frage ein, welche anderen Möglichkeiten Weitling denn offenstanden. Hätte er die Streikbewegung unterstützen, sich womöglich an ihre Spitze stellen sollen? Hätte er, da die Arbeiter ihm nicht im erwarteten Ausmaß folgten, nun seinerseits den Arbeitern folgen sollen? Da Weitling von der Richtigkeit seines Programms weiterhin überzeugt war, wäre dies reiner Opportunismus den Massen gegenüber gewesen. Er würde dann nicht mehr die Position eines Führers der Arbeiterbewegung eingenommen haben, sondern die Rolle desjenigen, der den Massen in der Hoffnung hinterhereilt, sie überholen und sich dann wieder an ihre Spitze stellen zu können. Zweifellos hätte seine Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft durch ein solches Verhalten erheblich gelitten. Unmöglich kann der Marxist Schlüter dies von Weitling erwartet haben.

Zur Debatte steht daher weniger Weitlings Verhalten, vielmehr seine Einschätzung der Situation, die dieses Verhalten zur Konsequenz hatte. Schlüter behandelt dieses Problem mit keinem Wort, offensichtlich lag es für ihn außerhalb seines Vorstellungsvermögens, daß Streiks und Lohnkämpfe unter bestimmten historischen Bedingungen tatsächlich einmal nicht die wirksamsten Kampfformen darstellen. Er warf Weitling vor, in seinem Programm die "tatsächlichen Verhältnisse" vollständig außer acht gelassen zu haben (Schlüter, 77f.), ging jedoch selber mit kaum einem Wort auf diese Verhältnisse ein. Für eine angemessene Würdigung von Weitlings Position ist dies aber unabdingbar. Im folgenden Schlußkapitel wird daher

die Richtung skizziert, in die weitere Forschungen gehen müssen, um zu einem ausgewogenen Weitling-Bild zu gelangen.